

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,00 M., im voraus zahlbar, Halbjahrgang 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandabonnements 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilagen: „Welt und Zeit“ und „Länderfreund“, „Berliner Frauenstimme“, „Zeitschrift“, „Bild in die Bürgerwelt“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtblatte“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbezugskonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Et. 3 u. 4. Tel.-Gef. Postfach 1000 Berlin.

Freitag
15. August 1930
Groß-Berlin 10 Pf.
Austwärts 15 Pf.

Die einseitige Kampagne des 60 Pfennig-Rufmarkens ist ein Verstoß gegen die Reichsdruckgesetzgebung. Die Reichsdruckgesetzgebung ist ein Verstoß gegen die Reichsdruckgesetzgebung. Die Reichsdruckgesetzgebung ist ein Verstoß gegen die Reichsdruckgesetzgebung.

Kabinettskonflikt um Finnland.

Schieles Rücktrittsdrohung — neue stürmische Proteste gegen die Kündigung.

Die gestrige Sitzung des Reichskabinetts, in der die Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages diskutiert wurde, ist ergebnislos abgegangen. Die Gegenseite innerhalb der Reichsregierung haben sich so zugespielt, daß Schiele seine Rücktrittsdrohung ausgesprochen hat. Heute will das Reichskabinett zu einer Klärung und zu einem definitiven Entschluß kommen.

Es sieht fast so aus, als ob Schieles Katastrophenpolitik im Reichskabinett Erfolg haben sollte. Neben Schiele sollen der Reichskanzler Brüning und die Minister Groener, Dietrich und Treppner, denen sich noch Bredt und Schäkel vielleicht anschließen, für die Kündigung sein. Offen gegen die Kündigung sind Stegerwald, Birth und Staatssekretär Trendelenburg, der den Reichswirtschaftsminister vertritt. Unklar ist noch die Stellung von Curtius und Guérard. Nach dieser Lage scheint das Reichskabinett in seiner Mehrheit die Linie des geringeren innerpolitischen Widerstandes der wirtschafts- und handelspolitischen Vernunft vorzuziehen. Zu der in der gegenwärtigen Lage selbstverständlichen Konsequenz, Schiele und dem Landbund nahezuweisen, daß man sich mit der Butterzollerhöhung um 27,50 auf 50 Mark bescheiden muß, fehlt offenbar der Mut. Man entrüstet sich in Wahlkreisen über Interessentenhäufen, in der Praxis aber unterwirft man sich ihnen.

Die Petitionsstürme der Industrie an das Reichskabinett haben sich in den letzten Tagen noch verschärft. Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten weist darauf hin, daß zur Durchführung der Schiele'schen Käseforderung, um deren Willen wir Finnland gebrochen werden soll, auch die Handelsverträge mit Holland, Frankreich, Dänemark und der Schweiz gekündigt werden müssen. Die dadurch unvermeidliche Erschwerung der deutschen Ausfuhr müsse durch die weiser steigende Arbeitslosigkeit auch eine katastrophale Entwicklung der deutschen innerpolitischen Verhältnisse zur Folge haben. Auch die Schwerindustrie läßt durch den Zwangsverband der Industrie und Handelskammern des Ruhrgebiets bei der Reichsregierung Sturm laufen.

Reichskanzler Brüning hätte jetzt seine Staatsmännischen Eigenschaften zu beweisen. Er hat den jetzigen Ausnahmezustand

herbeigeführt und muß sich zur Bewältigung der mit ihm verbundenen Schwierigkeiten fähig zeigen. Da die Kündigung des Finnlandvertrages für die von Schiele angeblich verfolgte Käseforderung ohne die Kündigung von fünf weiteren für Deutschlands lebenswichtigen Handelsverträge nichts nützt, handelt es sich bei Schieles Hartnäckigkeit nur um ein Wahlmanöver. Herr Schiele braucht für seinen Landbund einen sichtbaren handelspolitischen Erfolg, um Hugenburgs Agitation abzuwehren zu können. Die Frage lautet, ob der Reichskanzler Brüning diesem Wahlmanöver Schieles die wichtigsten deutschen Wirtschaftsinteressen opfern will.

Die „Kölnische Zeitung“ bemerkt zur Kündigung: „Man stelle sich einmal vor, daß um des Käses halber der Handelsvertrag mit Frankreich, zweifelsohne das beste Stück der nachkriegszeitlichen Handelspolitik, gekündigt werden soll“, und sie bemerkt zum Konflikt: „Ueber die wohlpolitische Einmütigkeit der das Kabinett Brüning tragenden politischen Parteien geht die Erhaltung des europäischen Handelsfriedens und der deutschen Volkswohlfahrt, die durch den ersten Umstand sehr stark bedingt ist.“

Der neueste Dreh.

Zu den Kabinettsbesprechungen über den finnischen Handelsvertrag erzählt die Telegraphen-Union ergänzend: Da die Meinungsverschiedenheiten zwischen Ernährungsministerium und Wirtschaftsministerium über die Kündigung des Vertrages klar zur Lage getreten sind, werden die neuen Beratungen am Freitag durch den Wirtschaftsausschuß der Reichsregierung besonders vorbereitet werden. In dem Wirtschaftsausschuß sind das Ernährungsministerium, das Wirtschaftsministerium, das Arbeitsministerium, das Finanzministerium und das Außenministerium durch ihre Sachreferenten vertreten. Man hofft in Kreisen der Regierung, die Kernfrage des Finnlandvertrages, die Zollautonomie auf dem Gebiet der Wollereizeugnisse, durch einen Zusatzvertrag zum geltenden Handelsvertrag lösen zu können, ohne daß deshalb zur Kündigung des Gesamtvertrages geschritten werden müßte.

Lettow-Borbeck gegen Seekt.

Adlige Generale als „Volks“-Kandidaten.

Magdeburg, 14. August.

Die Spitzenkandidatur der konservativen Volkspartei im Wahlkreis Magdeburg-Anhalt hat der General von Lettow-Borbeck übernommen. An zweiter Stelle kandidiert der bisherige Reichstagsabgeordnete Dr. Joseph Reichert-Berlin.

Für die Volkspartei kandidiert in dem gleichen Wahlkreis der General von Seekt. Es kann also recht amüsant werden, wenn die beiden Generale als Vertreter von zwei „Volksparteien“ im Wahlkampf aufeinanderstoßen.

Reichslandbund in Nengsten.

Die Ostkommissare missfallen ihm sehr.

Zwischen dem Reich und Preußen sind folgende Bestimmungen über Zusammenlegung und Zuständigkeit der Oststelle vereinbart worden:

Der Reichskanzler überträgt seine Kompetenz für die Durchführung der Oststelle auf den Reichskommissar Treppner. Als dessen Vertreter fungieren der Ministerialdirektor Wachsmann vom Reichsernährungsministerium und der bisherige Staatskommissar für die Ostpreußenhilfe, Könneburg, der als Ministerialdirigent in das Reich übernommen wird.

Von der preussischen Seite fungiert Wohlfahrtsminister Dr. Hirtzler als Reichskommissar; seine Vertreter sind der Staatssekretär im preussischen Landwirtschaftsministerium, Dr. Krüger und Dr. Lauser von der Preußenkassa. Kommt es zwischen Reich und Preußen zu Streitigkeiten, so entscheidet der Reichskanzler im Benehmen mit dem preussischen Ministerpräsidenten. Zur Durchführung der Oststelle, insbesondere auch des Vollstreckungsschusses, wird für jede Provinz eine Bandstelle gebildet. Als Leiter der Bandstellen sind vorgeschlagen: für Ostpreußen Ministerialrat Muffel; für Pommern der frühere Reichstagsabgeordnete v. Demich; für Grenzmark und Brandenburg Ministerialrat Frankenhach; für Niederschlesien Regierungspräsident Schwandt; für Oberschlesien Oberpräsident Lufaschel bzw. Dr. Tiedtmann.

Die Regelung der Personalfragen läßt erkennen, daß die Absicht der Ausschaltung der preussischen Verwaltung dem

Reichslandbund vollständig mißlungen ist. Die Landbundpresse ist darüber erregt. So schreibt die „Kreuzzeitung“: „Die Befürchtungen, daß das rote Preußen und die Preußenkassa einen sehr starken Einfluß auf die Regelung der Oststelle gewinnen würde, haben sich leider erfüllt. Bei den Unterkommissaren sind neben einem Demokraten vier Sozialisten vertreten. Jener Demokrat ist überdies noch, wie bedauerlicherweise vorauszu sehen war, Herr Könneburg, dessen Tätigkeit als Ostpreußenkommissar genügend bekannt ist und der sich mit den andern sozialdemokratischen Beauftragten nicht scheuen wird, seine gegen den Großgrundbesitz gerichtete Einstellung sich auswirken zu lassen.“

Notwehr bei Versammlungsumulden.

Die Auffassung des Reichsgerichts.

Leipzig, 14. August.

Auf einer Parteiversammlung der Deutschnationalen in Grünlich war es zu Zusammenstößen gekommen. Als in der Aussprache der deutschnationale Redner Hoppe das Wort ergriff, machten nationalsozialistische Versammlungsteilnehmer erregte Zwischenrufe. Der Kreisleiter Konrad Eggert, der der Versammlung beiwohnte, mahnte zur Ruhe und geriet dadurch in einen Wortwechsel mit Nationalsozialisten. Als schließlich der Gemeindevorsteher Daniel Gonia und sein Sohn Otto auf Eggert einbrangen, Daniel sogar mit einem Stock, zog Eggert ein Messer hervor und brachte den beiden Gonia's Stiche bei.

Eggert wurde vom Schwurgericht wegen gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Strafe wurde von der großen Strafkammer des Landgerichts Allenstein auf fünf Monate herabgesetzt. Die Strafkammer gab dabei zu, daß sich Eggert von den nationalsozialistischen Angreifern bedroht gefühlt habe. Eggert habe aber die Notwehr überschritten und er habe zudem die Möglichkeit gehabt, sich vor den Angreifern zurückzuziehen, jedoch von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht.

Gegen das Urteil der Strafkammer legte Eggert Revision ein. In der Verhandlung, die am 13. August vor dem Ferien Senat des Reichsgerichts stattfand, beantragte der Reichsanwalt Aufhebung des vorinstanzlichen Urteils und Zurückverweisung. Die Vorinstanz habe den Begriff der Notwehr verkannt. Das Maß der Verteidigung gegen einen Angriff bestimme sich nach der Hartnäckigkeit des Angriffs. Grundsätzlich brauche der Angegriffene nicht durch Rückzug einem Angriff auszuweichen. Der Senat schloß sich in Ergebnis und Begründung der Auffassung des Reichsanwalts an.

Schluß mit dem Raufboldtum!

Sollen die Prügelhelden in Deutschland herrschen?

In Deutschland kommt an einem einzigen Tage folgendes vor:

Dolgesheim (Rheinheffen): Sechs Heuschöder eines Republikaners von Nationalsozialisten in Brand gesteckt. Nachdem zwei Täter verhaftet sind: Anwesen des Reichsbannermitgliedes Frank um 3 Uhr nachts aus „Rache“ von den Nationalsozialisten gestürmt und geplündert. Frank muß unter polizeilichem Schutz sein eigenes Heim verlassen und nach Worms übersiedeln.

Zwischen Mainz und Wiesbaden: Nationalsozialisten, die von mißglückter Versammlungsprengung im Lastauto heimkehrten, „verhafteten“ auf der Landstraße ein paar gänzlich unbeteiligte Musikanten, schlugen sie halbtot, verschleppten sie auf den Lastauto in ihr Wiesbadener Parteilokal, wo die „Verhafteten“ Spießruten laufen mußten, und bringen sie schließlich unter erlogenen Anschuldigungen in polizeiliche Gewahrsam. (Vergleiche gestrigen „Abend“.)

Kärnberg: Versammlungsschlacht zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in kommunistischer Versammlung. 70 Verletzte, darunter 3 Schwerverletzte.

Lüneburg: Versammlungsschlacht zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in nationalsozialistischer Versammlung. Zahlreiche Verletzte.

Hamburg: Zwei Reichsbannerleute von nationalsozialistischer Uebermacht angefallen, einer mit dem Messer gestochen.

Langwollersdorf, Kreis Landeshut: 50 Nationalsozialisten verfolgen einen einzelnen politischen Gegner, stürmen das Haus, in das dieser flüchtet, schlagen ihn nieder, demolieren das Treppengeländer, mißhandeln die Hausbewohner.

Das ist stichwortartig — ohne jede Gewähr der Vollständigkeit — eine Tagesliste nationalsozialistischer Ausschreitungen. So handelt alle Tage die Partei, deren Führer Hitler in Schweidnitz als Zeuge auslagte: den Nationalsozialisten seien Angriffe auf Gegner streng verboten, alle ihre Bluttaten hätten sie nur in Abwehr gegnerischer Angriffe begangen. Evident beschränkte Aussage des Herrn Hitler.

Abwehr gegen Heuschöder! Abwehr gegen eine schlafende Familie! Abwehr der fünfzig gegen einen!

Währenddessen spielen sich — auch an diesem Tage — vor Moabiter Gerichten zwei Prozesse gegen Nationalsozialisten ab. In einem Saal geht der Röntgenalprozeß zu Ende. Ein Mann getötet, drei verwundet, vier von Schüssen gestreift — alle von Schüssen getroffen sind Gegner der Nationalsozialisten oder Unbeteiligte. Aber gleichwohl waren die armen Nazis die Angegriffenen! Sie haben sich zwar Verstärkung von Berlin geholt und sind mit dieser vor das Reichsbannerlokal gezogen. Aber sie sind dort nur stehengeblieben — weil sie den Weg nicht weiter wußten! Und dann sind die Reichsbannerleute herausgestürmt, haben Pistolen gezogen und — haben sich selber erschossen! Aus lauter Gemeinheit. Dies die glaubwürdige Darstellung der Angeklagten und ihrer Verteidigung.

Plötzlich Sensation: Im Saal erscheint Herr Goebels, gegen den nicht weit davon verhandelt wird, und seine Anhänger bereiten ihm eine stürmische Ovation. Herr Goebels hat zwar im Röntgenalprozeß nichts zu suchen, aber er benutzt eine Pause seines eigenen Prozesses zu einem kleinen Demonstrationsspaziergang im Gerichtsgebäude. Im Gerichtsverfassungsgesetz gibt es einen gewissen Paragraphen 177:

Die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung liegt dem Vorsitzenden ob.

Es scheint, daß dieser Paragraph sowie der folgende, der dem Vorsitzenden eine weitgehende Strafbefugnis zur Aufrechterhaltung der Ordnung gibt, bei Verhandlungen gegen Nationalsozialisten außer Kraft gesetzt sind.

Vom Spaziergang Goebels zum Prozeß Goebels: Der im Weltkrieg dienstuntaugliche Held ist zum zweiten Male in zwei Tagen mit Gloria freigesprochen worden. Mit Gloria? Viel Heldenruhm schaut trotz der lärmenden Kundgebungen seiner Anhänger dabei nicht heraus. Herr Goebels hat die Methode seiner „kleinen Leute“ im Röntgenalprozeß sich zu eigen gemacht: Er hat vom Rechte des Angeklagten, die Tat zu tun, ausgiebigen Gebrauch gemacht.

In Hannover haben ihn vier nationalsozialistische Parteiangehörige herausgeschworen; „klassische“ Zeugen, Stück für Stück ebenso einwandfrei und glaubwürdig wie — sagen wir — die Zeiger Schwurzeugen gegen Cuvelier. Zu Wilhelms Zeiten schwur ein Schuhmann 20 Zivilisten

nieder. Heutzutage brücken vier Nazisengen drei Postzel-beamte glatt an die Wand.

In Berlin brauchte es keine Schwurzeugen, da der Tatbestand schwarz auf weiß vorlag. In Berlin bedurfte es nur der Juristen. Der Juristen, die zwar objektiv das Vorliegen einer Beleidigung und auch subjektiv den Vorwurf der Beleidigung bei Herrn Goebbels anerkennen mußten. Aber nachdem sie so das unentzerrbare Netz ihrer Logik über den armen Sünder Goebbels geworfen hatten, ließen sie ihn durch die Masche des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) ansgleich daraus entflüpfen. Es leben die Maschen!

Ob Herr Goebbels den Reichspräsidenten Hindenburg durch den Vorwurf der Apathie und Entschlußlosigkeit in Wort und Zeichnung kränkt, ist für uns eine ziemlich belanglose Sache, zumal da Herr von Hindenburg dem Täter, der nicht um Verzeihung gebeten und nichts zurückgenommen hat, plötzlich aus eigener Initiative seine Verzeihung spendete — die treibenden Kräfte dieses Schritts lassen sich unschwer erraten. Wichtig dagegen und scharf zu brandmarken ist eine Rechtspredung, die hier wieder einmal ihren zwiespältigen Charakter enthüllt und einem nationalsozialistischen Führer dort den Schutz berechtigter Interessen zugebilligt hat, wo allen anderen dieser Schutz bisher versagt blieb. Das Gericht hat entdeckt, daß an der Annahme des Young-Plans jeder Deutsche interessiert gewesen sei, weshalb damals offensichtlich jeder Deutsche jeden anderen strafrei beschimpfen durfte! Oder durften etwa nur die Gegner des Young-Plans die Unterzeichner beschimpfen? Außerdem — so meinte das Gericht — sei Herr Goebbels als Reichstagsabgeordneter Vertreter „des ganzen Volkes“, eine Unterstellung, die sich mindestens 90 Proz. der Bevölkerung mit berechtigter Entrüstung verbitten. Und schließlich habe Herr Goebbels dem Hugenbergischen Ausschuss für das Volksbegehren angehört.

Mit dieser Konstruktion weicht das Urteil klar und bewußt von der Rechtspredung des Reichsgerichts ab, die für die Anwendung des § 193 kein allgemeines politisches Interesse gelten läßt, sondern das Vorliegen eines ganz speziellen Interesses des Täters für notwendig erklärt. Wir erwarten, daß die Staatsanwaltschaft durch Anmeldung der Revision dem Reichsgericht Gelegenheit gibt, sich darüber zu entscheiden, ob es seine bisherige Praxis beibehalten oder sie zugunsten des Herrn Goebbels aufheben will.

Das Berliner Gericht hat einstweilen auch für Recht erkannt, daß Karikaturen grob sein dürfen, ohne deswegen in der Form Beleidigungen darzustellen. Mag sein. Aber wir wissen eins: als kommunistische Blätter den Reichspräsidenten Hindenburg als einen „Kettenhund der Bourgeoisie“ darstellten, da hat ihnen Hindenburg weder verziehen, noch hat man ihnen den Schutz des § 193 zugebilligt, noch ein Recht der Karikatur oder Grobheit anerkannt, sondern man hat schlicht den verantwortlichen Redakteur auf neun Monate eingesperrt. Wir haben die kommunistischen Beschimpfungen Hindenburgs nie gebilligt: aber was Herrn Goebbels recht ist, muß den Kommunisten billig sein, oder es hört jede Gleichheit vor dem Gesetze auf.

Ehe das Reichsgericht im Falle Goebbels entscheidet, wird aber längst eine andere Entscheidung fällig sein: die Entscheidung des Volkes darüber, ob es sich von Kaufhelden, Schimpfbolden und Großmäulern weiter tyrannisieren lassen will. Der ganze nationalsozialistische Kampf (und der kommunistische nicht viel anders) löst sich in eine Kette von Gewalttätigkeiten, Provokationen, Terrorakte, Schimpfereien auf. Statt Versammlungen — Prügelkämpfen, statt geistiger Argumente — Messerstiche, statt Ueberzeugung des Gegners — Brandstiftung! So führen die Radikalen den Wahlkampf. Ein Borgehmad auf Faschismus und Diktatur. Sollen diese Methoden in Deutschland herrschend werden? Auch das ist am 14. September zu entscheiden!

Der Freispruch Goebbels.

Eine neue Glanzleistung unserer Justiz!

Die Berufungskammer kam, wie im Leitartikel ausführlich besprochen wird, in dem Prozeß gegen Goebbels wegen Beleidigung des Reichspräsidenten von Hindenburg zu einem Freispruch. Das erstinstanzliche Urteil, das auf 800 Mark Geldstrafe lautete, wurde verworfen und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

In der Urteilsbegründung führte Landgerichtsdirektor Dr. Lehmann aus: Das Gericht ist in wesentlichen Beziehungen vom Urteil der ersten Instanz abgewichen. Allerdings ist es gleich dem Vordergericht der Auffassung, daß sowohl Artikel als auch Zeichnung für den Reichspräsidenten objektiv beleidigend waren, und daß auch ein strafbarer Vorwurf zur Beleidigung vorhanden war. Der Artikel enthält den Vorwurf der Unfähigkeit, selbständige Entschlüsse zu fassen, was dazu führe, daß der Reichspräsident auf seine jüdisch-marxistischen Ratgeber höre. Durch die Ueberschrift: „Lebt Hindenburg noch?“ und die Worte: „Völlige Apathie des Reichspräsidenten“ wird das noch unterstrichen. Apathie bedeutet Lat- und Entschlußlosigkeit, selbst in Fällen, wo es geboten ist zu handeln. Dieser Vorwurf bezieht sich aber nicht auf einen Einzelfall, sondern ist generalisierter ausgesprochen. Die bildliche Darstellung verstärkt noch diesen Vorwurf. Es wird darin zerrbildlich verschärft der Gedanke zum Ausdruck gebracht, daß Hindenburg tatenlos dem gegenwärtigen und zukünftigen Elend des Volkes zusehe. Diese Vorwürfe sind beleidigend, und der Angeklagte war sich dessen bewußt. Diese die Ehre verunglimpfenden Werturteile wären zu bestrafen, wenn dem Angeklagten nicht der § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zur Seite stünde. Das Gericht hat erwogen, ob nicht der § 193 (übige Rede) eine Rolle spiele. Es ist jedoch zu einem negativen Ergebnis gekommen, da keine konkreten Behauptungen gegen den Reichspräsidenten aufgestellt worden sind. Der § 193 ist aber aus folgenden Gründen zur Anwendung zu bringen: erstens hat jeder Deutsche, also auch der Angeklagte, ein persönliches Interesse daran, ob der Young-Plan angenommen wird oder nicht; zweitens ist der Angeklagte als Abgeordneter

Das Kartellgutachten.

Appell des Reichswirtschaftsrats an die Reichsregierung, im Einzelfall einzugreifen / Allgemeine Aufhebung der Preisbindungen für Markenartikel der Lebens- und Genussmittel gefordert.

Als die Reichsregierung nach der Auflösung des Reichstages plötzlich entdeckte, daß es ein dringendes Gebot der Abwehr der wirtschaftlichen Notstände sei, wenigstens bis zu einem gewissen Grade der seit Jahren von der Sozialdemokratie mit Nachdruck verfolgten Forderung auf Verschärfung der Kartellkontrolle Rechnung zu tragen, und als sie deshalb sich erweiterte Vollmachten im Abschnitt 5 der Rotverordnung verschaffte, hätte man eigentlich annehmen müssen, daß sie sich vorher über die Gründe allgemeiner Art für diese Verordnung im Klaren war und daß sie nun unverzüglich zur Förderung der Krisenüberwindung wichtige Einzelfälle des Eingriffes in ungesunde Preisbindungen herausgreifen und dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung und zur Ermöglichung schneller Eingriffe vorlegen würde.

Aber es kam anders. Die Reichsregierung brauchte offenbar etwas Zeit, um sich darüber klar zu werden, ob denn nun auf Grund ihrer Rotverordnung etwas geschehen solle, oder ob es für die Wahlen schon genüge, wenn die erweiterten Vollmachten auf dem Papier ständen. So legte sie dem Reichswirtschaftsrat zunächst keine Einzelfälle, in denen sie Eingriffe plant, vor, sondern eine Reihe von allgemeinen Vorfragen zum Teil recht theoretischer Natur.

Das Gutachten des Reichswirtschaftsrats enthält in der Beantwortung dieser allgemeinen Fragen naturgemäß auch eine ganze Reihe von mehr oder minder allgemeinen Betrachtungen, auf die einzugehen wir uns im Augenblick versagen müssen, um zunächst das Ergebnis zu würdigen.

Die erste nach dem Stand der Kartelldebatte besonders überflüssige Frage der Reichsregierung ging dahin, ob es notwendig erscheine, bis zur Ueberwindung der krisenhaften Zustände auf Preisbindungen jeder Art zu verzichten. Die zwangsmäßige Aufhebung sämtlicher bestehender Preisbindungen ist auch von sozialdemokratischer Seite niemals gefordert worden; es war daher eigentlich ganz selbstverständlich, daß der Reichswirtschaftsrat zu dem Gutachten kam, daß eine allgemeine plötzliche Befreiung sämtlicher Preisbindungen mit Gefahren verbunden wäre, die sogar Verschärfungen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten herbeiführen könnten, und daß es deshalb nicht zu empfehlen sei, nun in der Form einer Eisenbarriere sämtliche Preisbindungen als gesetzwidrig zu erklären.

Die zweite Frage der Reichsregierung bezieht sich zunächst auf die ausdrückliche Aufhebung von Preisbindungen auf solchen Gebieten, auf denen die festgesetzten Preise in erheblichem Umfang ohnedies nicht mehr eingehalten werden. Auch in der Beantwortung dieser Frage herrscht Einmütigkeit. In Wirklichkeit überholte Preisbindungen, die nur noch zu einer willkürlichen Benachteiligung schwächerer Käufer und zu einer Verwirrung in der Kenntnis des Marktes führen, müssen beseitigt werden. Der Reichswirtschaftsrat appelliert deshalb zunächst an die Kartelle selbst, derartig überholte Preisbindungen auch formal zu berichtigen oder aufzuheben. Er betont aber ausdrücklich, daß es bei dem Appell nicht bleiben soll und daß nötigenfalls das Eingreifen der Reichsregierung in diesem Falle berechtigt und billigerwert wäre.

Von entscheidender Bedeutung ist der zweite Teil der zweiten Frage, der dahin geht, ob es sich empfiehlt, in einzelnen Fällen die Bindungen auf unangemessen hohe (volkswirtschaftlich nicht berechnete) Preise und Preisspannen aufzuheben. Diese Frage hat der Reichswirtschaftsrat bejaht.

Er hat erklärt, daß es nach sorgfältiger Prüfung des Einzelfalles erwünscht wäre, derartige

schädliche Preisbindungen durch Anwendung der Vollmachten der Regierung zu beseitigen. Er hat weiter gefordert, daß mit möglicher Beschleunigung Klarheit über die von der Reichsregierung auf dem Gebiete der Preisbindungen zu treffenden Maßnahmen im einzelnen herbeigeführt werde.

Er richtet, offenbar um aus der theoretischen Diskussion endlich herauszukommen, an die Regierung die Bitte, ihm sobald als möglich diejenigen Fälle mitzuteilen, in denen sie auf Grund der ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen eine unwirtschaftliche Hochhaltung gebundener Preise zu sehen glaubt, damit er in die Lage versetzt wird, die Regierung bei den in Aussicht zu nehmenden Maßnahmen zu beraten.

Die Regierung trägt nach dieser Äußerung des Reichswirtschaftsrats die volle Verantwortung dafür, ob die Behandlung der wichtigen Kartellfragen im einzelnen nun unverzüglich in Angriff genommen wird oder ob sie einer weiteren Verschleppung Vorschub leistet. Wenn man nicht die Initiative ergriffen wird, von den Vollmachten Gebrauch zu machen, die man sich zur Abwehr eines Notstandes glaubt durch Rotverordnungen sichern zu müssen, dann wird es die Regierung sich gefallen lassen müssen, daß man ihre ganze Aktion nicht ernst nimmt, sondern als ein Wahlmanöver betrachtet.

Die dritte Frage der Reichsregierung bezog sich auf die allgemeine Aufhebung der Preisbindungen von Angehörigen der nächsten Wirtschaftsstufen, also z. B. der Preisbindungen von Angehörigen des Einzelhandels durch die Produzenten oder den Großhandel und im besonderen auf die Preisbindungen dieser Art für Markenartikel. Das Gutachten des Reichswirtschaftsrats hält auch hier eine ganz allgemeine Entscheidung nicht für möglich und fordert die Vorlegung von Material für die Einzelentscheidungen über die Abstellung von Mißständen, die durch derartige Bindungen hervorgerufen werden. Soweit ist man im Reichswirtschaftsrat zu einer einheitlichen Stellungnahme, die, wie gesagt, in erster Linie die Initiative der Regierung für Eingriffe fordert, gelangt.

Bei der Frage der Preisbindungen für Markenartikel scheiden sich die Geister. Hier handelt es sich um eine so ungeheure Fülle von Einzelfällen, daß die Verweisung auf Einzelunterstützungen allein nichts anderes als eine Verschleppung auf unbestimmte Zeit bedeuten würde. Da nun ein Teil der Mitglieder des Reichswirtschaftsrats — und zwar die Mehrheit im Wirtschaftspolitischen Ausschuss — der Meinung ist, daß die Nachteile, d. h. die Preishochhaltungen, die durch die Preisbindungen von Markenwaren auf den Märkten der wichtigsten Bedarfsartikel bestehen, sehr bedeutsam seien,

hat er der Regierung empfohlen, auf Grund ihrer Vollmachten die Preisbindungen der Verkäufer für Lebens- und Genussmittel, die in der Form der Markenwaren vertrieben werden, sogleich allgemein aufzuheben und auch alle Rechtsbehelfe anzuwenden, um Umgehungen dieser Anordnungen, wie sie etwa durch Weiterlieferungsverbote, Sperrungen oder ähnliche Anweisungen versucht werden könnten, nachdrücklich entgegenzutreten.

Darüber hinaus wünscht natürlich auch die Mehrheit, die im Interesse eines beschleunigten wirksamen Eingriffes die vorläufige Herausnahme der Lebens- und Genussmittel empfiehlt, daß durch Einzelunterstützungen anderer Marktgebiete festgestellt wird, inwieweit das Verbot der Preisbindung für Markenartikel über das Gebiet der Lebens- und Genussmittel hinaus auszudehnen ist. Die Minderheit, die sich der Forderung nach sofortigem Handeln auf diesem Gebiete nicht angeschlossen hat, will auch auf dem Gebiete der Markenwaren sich mit Einzelunterstützungen begnügen.

Bei dieser Frage war das Abstimmungsverhältnis sehr charakteristisch. Die Abteilung II, die Arbeitnehmervertreter, in der die Gewerkschaftler aller Richtungen sitzen, gab einmütig ihre zehn Stimmen für die sofortige Aufhebung der Preisbindungen für Markenwaren der Lebens- und Genussmittel ab. Die Abteilung I, in der die Unternehmervertreter sitzen, wandte sich ebenso einmütig gegen diese immerhin auf ein begrenztes, aber entscheidend wichtiges Gebiet beschränkte Forderung zu schnellem Handeln der Regierung. Von den zehn Mitgliedern der Abteilung III, die die Vertreter von Verbrauchern, freien Berufen usw. enthält, stimmten sieben mit der Abteilung II für die sofortige Aktion der Regierung und zwei dagegen. Am ganzen haben also siebzehn von neunundzwanzig anwesenden Mitgliedern an die Regierung die Forderung gerichtet, auf diesem wichtigen Gebiete — ohne weitere Verschleppung — durch Einzelunterstützungen die Preisbindungen der Einzelhändler aufzuheben. Nun wird es sich schnell zeigen müssen, ob die Regierung dieser Aufforderung folgt oder ob für sie die Minderheit der Unternehmerstimmen mehr wiegt als die Mehrheit der Stimmen der Arbeiter, der Angestellten und der Verbraucher.

Der Reichswirtschaftsrat nahm auch eine Entschließung an, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, ihm Material zu unterbreiten zur Prüfung der Frage, ob durch die Nichtbelieferung von Firmen und Organisationen die Maßnahmen, die der Preisentzug dienen sollen, durchkreuzt werden. Diese Aufforderung ist wohl im Interesse einer einmütigen Annahme sehr vorsichtig formuliert, aber es kann nicht zweifelhaft sein, daß hierbei im wesentlichen an die bekannten Sperrungen, die von Fabrikanten, besonders auf dem Markenartikelgebiet, gegen Konsumvereine zum Schaden der Verbraucherchaft angewendet worden sind, gedacht wurde.

Die Vertreter der Gewerkschaften im Reichswirtschaftsrat haben gut daran getan, trotz allen Mißtrauens gegen den Willen der gegenwärtigen Reichsregierung etwas Ernsthaftes zu tun, sich auf ein Vorwärtsdrängen zu praktischen Maßnahmen einzustellen, die den Prozeß des Preisabbaus fördern und der Krisenmilderung dienen sollen. Wir wissen, daß es nur der Druck der breiten Massen des Volkes auf Grund der Forderungen der Sozialdemokratie sein kann, der aus Furcht vor den Wählern die Regierung zwingt zu veranlassen vermag, auf diesem Gebiete aktiv zu werden. Um so mehr wollen wir diesen Druck im Interesse einer nützlichen Wirtschaftspolitik ausüben. Jetzt gilt es zu zeigen, ob in der Regierung die Bereitschaft zur Tat besteht oder ob sie nur ein Wahltheater auf dem Kartellgebiet aufzuführen will.

Ein August-Bebel-Haus in Köln.

Das neue Druckereigebäude der „Rheinischen Zeitung“.

Köln, 14. August. (Eigenbericht.) Die „Rheinische Zeitung“, die im bisherigen Druckereigebäude räumlich sehr stark beengt war, hat mit einem modernen Neubau begonnen. Heute wurde unter zahlreicher Beteiligung der Parteigenossen, die trotz strömenden Regens über eine Stunde auf der Baustelle aushielten, feierlich der Grundstein gelegt. Die Feierrede hielt der Bezirksvorsitzende der Partei, Genosse Weersfeld. Der Neubau entzieht in dem rechtsrheinischen Vorort Deich in unmittelbarer Nähe der früheren Festungsanlagen. Bekanntlich ist in einer ihrer Kasematten August Bebel geboren. Im Hinblick darauf wird der Neubau den Namen August-Bebel-Haus erhalten.

Neuer Hafentrenzkandal in München.

Nazis sprengen Versammlung der Staatspartei.

Die Deutsche Staatspartei wollte heute abend im großen Saal des Kreuzbräus ihre erste Wahlversammlung abhalten. Es stellte sich jedoch heraus, daß eine ruhige Durchführung der Versammlung nicht möglich war, da die große Mehrheit der Erschienenen aus Nationalsozialisten bestand, die die Verhandlungen durch Lärm und Absingen von Heldenliedern überwachende Polizeinspektoren sah sich deshalb veranlaßt, einzuschreiten und die Versammlung aufzulösen.

Otto Brauns Kandidatur.

Er verzichtet auf Düsseldorf-West zugunsten Ostpreußen.

Ministerpräsident Genosse Otto Braun, der bisherige Spitzenkandidat der Sozialdemokraten für den Reichstag im Wahlkreis Düsseldorf-West, hat diesmal davon abgesehen, sich noch einmal für den Bezirk Düsseldorf-West aufstellen zu lassen.

Blaffer Reid...

Auf die Organisations- und Schlagkraft der Sozialdemokratie

In der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ lesen wir:

56 000 Mark für einen sozialistischen Wahlfilm.

Gott sei Dank geht es wenigstens einer Partei finanziell gut, das ist die Sozialdemokratische Partei. Für 56 000 M. hat sie einen Wahlkampf-Film herstellen lassen, die dazu gehörige Apparatur kostet weitere 28 000 M., und verschiedene andere Zehntausender werden noch für die erforderlichen Autos draufgehen. Alles für ein einziges Propagandamittel! Es scheint also der „Partei der Armen der Armen“ gar nichts so schlecht zu gehen, im Gegenteil behalten diejenigen recht, die sie die Kapitalisten unter den Parteien nennen.

Die Herstellung des Films für den Wahlkampf ist Tatsache, wenn auch seine Kosten von der „D. Tz.“ etwa um das Zehnfache übertrieben werden. Den Reid eines Blattes, das auf die „Opferwilligkeit“ der Agrarier angewiesen ist, begrüßen wir. Immerhin sollte die „Deutsche Tageszeitung“ bedenken, daß selbst 56 000 M. noch nicht den tausendsten Teil der 60 Millionen darstellen, welche das von ihr stets so warm verteidigte Kaiserlich-Direktorium Dietrich-Seemann-Schwarz seinerzeit verlor hat!

Und schließlich noch eins: die halbjährige Herrschaft des Kabinetts Brüning hat der Arbeiterklasse — neben vielem anderen — gelostet: etwa hundert Millionen Mark an weniger gezahlter Arbeitslosenunterstützung, wohl ebensoviel Verlust an Krankenunterstützung, etwa fünfzig Millionen Mark Verlust durch Entzug des billigen Geirierfleisches, etwa zwanzig Millionen Mark Verlust durch Sonderbesteuerung der Konsumvereine, dazu die noch gar nicht abschätzbaren Verluste durch Kopfsteuer, Zollerhöhungen usw. Und da soll die Arbeiterschaft nicht einige Tausender für die Aufklärung der Massen im Wahlkampf opfern, wenn dadurch die Möglichkeit besteht, das Kabinett Brüning zu stürzen und für jeden Tausender Agitationskosten zehn Millionen für die Arbeiterklasse hereinzuholen??

Schiele, ein „unfähiger Parteibonze“? Die „Deutsche Tageszeitung“, sein Organ, behauptet es.

In seiner Ansprache am Verfassungstage hat Genosse Reichstagspräsident Löbe ausgeführt, das deutsche Volk verhalte es sich ständig für weniger reif erklärt zu werden als andere Kulturvölker. Hiergegen polemisierte heftig die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Landbundes und des Herrn Schiele, indem sie, wie folgt, entgegnet:

Wiewohl drückt sich die Reife des deutschen Volkes gerade darin aus, daß es den demokratisch-parlamentarischen Rummel nicht mehr mitmachen will, weil es der ewigen Lügen durch die Parteibonzen satt ist und in der richtigen Erkenntnis der eigenen Unfähigkeit, die schwierigen Probleme, um die es sich jetzt in der Politik handelt, zu begreifen, sich nach einer wirklich verantwortungsvollen Regierung von sachkundigen Männern lehnt anstelle der politischen Größen von heute, die für ihre Amt nichts als ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei mitbringen und deren Veranlassung sich nach erwiesener Unfähigkeit in einer guten Pension erschöpfen.

Mit dieser lieblosen Charakteristik der „politischen Größen von heute“ kann nach Lage der Dinge nur die Regierung Brüning gemeint sein mit ihren Ministern Schiele, Treviranus usw. Wir nehmen an, daß Herr Schiele den samerren Vorwurf der „Deutschen Tageszeitung“, wonach sich „eine Verantwortung nach erwiesener Unfähigkeit in einer guten Pension erschöpfen“, mit einer Beleidigungsklage gegen sein Blatt beantworten wird. Oder will er doch schweigend diese Charakteristik etwa bestätigen?

Hugenberg im Sportpalast.

„Man hat mich einen sturen Bod“ genannt.“

Die Attraktion, den großen Parteiführer Alfred Hugenberg sprechen zu hören, hatte gestern den Sportpalast mit einer illustren Gesellschaft gefüllt. Da sah man unter der schwarzweißen Fahne neben einem leibhaftigen Hohenzollernprinzen, der untertänigst mit „Eure Königliche Hoheit“ begrüßt wurde, würdige alte Damen mit Borgnon und Spieghelhäubchen, stramme Herren mit dem Einglas im Auge und dem unverkennbaren Gesichtsschnitt des früheren Majors, evangelische Krankenschwestern, alte Unteroffiziere mit dem Stahlhelmabzeichen, gutgenährte Bürger im feierlichen Gehrock, Studenten mit Schmissen im Gesicht und junge Bürgermädchen, die von Papa in die hohe Politik eingeführt wurden. Nur ein Stand fehlte bis auf die obligaten Träger schwarzer Föhnen: die Arbeiterschaft. Eine Musikkapelle in den buntesten Fantasieuniformen trug alte Militärweifen vor, man sang, daß man sich ergeben hätte und daß es einen Gott gebe, der Eisen mochten ließ.

Aus der Rede des Geheimrats sei eine Stelle besonders hervorgehoben. Er sagte: „Man hat mich einen sturen Bod“ genannt. Es ist manchmal ganz gut, wenn einer ein sturer Bod ist.“ Im übrigen wandte sich Hugenberg im ersten Teil seiner Rede ausschließlich an das Zentrum, um das er mit Zuderbröt und Peitsche, mit Webeswort und väterlicher Schelte warb. Aus dem Munde eines Mannes, dem seine Abgeordneten in Scharen weggekauften sind, wirkte das Wort von der „großen, aber in sich halblösen Sozialdemokratie“ besonders anmutig. Der Redner erörterte dann seinen unfruchtlichen Plan der Einfuhrbegabe und wiederholte den törichtlichen Satz: „Wenn wir nicht zahlen können, dann sollen die anderen zahlen.“ Der Schluß seiner Rede war ein Appell zum Kampf gegen den Marxismus und für den Sozialabbau.

Den Witzbold des Abends machte Herr Schmidt-Hannover, der sich in billigen, abgedroschenen Späßen über Republik und Demokratie geiffel.

Getreidekatastrophe in Amerika.

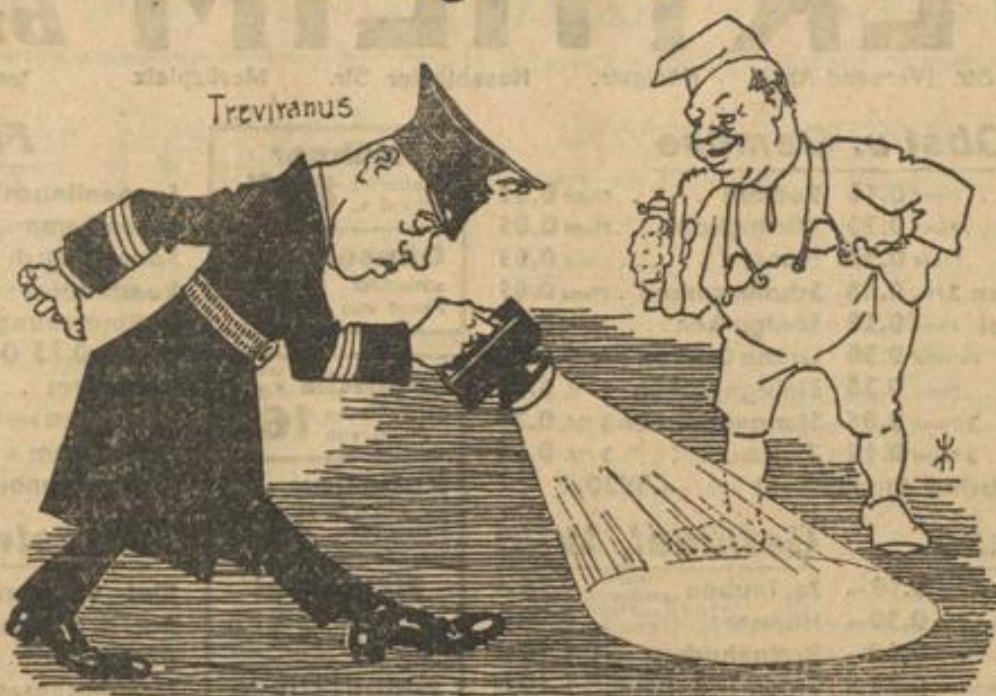
Ungewöhnliche Ernteverluste durch die Dürre.

New York, 14. August. (Eigenbericht.)

Präsident Hoover hat seine geplante Sommerreise angesichts der alarmierenden Notlage der amerikanischen Landwirtschaft und der anhaltenden Dürre vorläufig aufgegeben. Hoover will zur Beaufsichtigung und Leitung der Hilfsmassnahmen in Washington verbleiben. Die Ernteverluste und die Notlage des Bundesstaates Missouri wird als die größte in der Geschichte dieses Bundesstaates bezeichnet. Die Maisernte in Nebraska ist gleichfalls zur Hälfte vernichtet. Auch die Verluste in Virginia sind enorm und in mehreren Jahren kaum wieder gutzumachen.

Seine Kandidatur Guérards in Koblenz. Reichsverkehrsminister A. Guérard ist von seinem Wahlkreis Koblenz-Erler nicht wieder aufgestellt.

Diogenes II.



„Herr Treviranus, suchen Sie Menschen wie weiland der Philosoph Diogenes?“
„Und ob, sogar 60 000 Menschen suche ich in einem Wahlkreis, die mich wählen!“

Eine fortschrittliche Kirche.

Für Geburtenkontrolle und Widerstand gegen den Krieg.

London, 14. August. (Eigenbericht.)

Die seit fünf Wochen unter Ausschluß der Öffentlichkeit in London tagende britische Kirchen-Konferenz, an der sämtliche Bischöfe der anglikanischen Kirche teilnehmen, hat ihre Arbeiten beendet. Aus den jetzt auf dem Konzilium gefaßten Beschlüssen verdienen hervorgehoben zu werden:

Eine Entschlieung, die alle Angehörigen der Kirche auffordert, jeden Krieg zu verdammen und sich ihm zu widersetzen, wenn ihn nicht vorher die britische Regierung durch ein internationales Schiedsgericht zu verhindern, versucht hat.

Der Krieg, so heißt es in der Erklärung, stehe im Widerspruch mit dem Geist und der Lehre Christi, und die Kirchen aller Nationen sollen es ablehnen, ihn als Mittel zum Austrag internationaler Streitigkeiten anzuerkennen oder zu unterstützen. Damit stellt sich die anglikanische Kirche völlig auf den Boden des Völkerbundes und der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Ferner betrachtet die Kirche die gegenwärtige Höhe der Rüstungen der Nationen als eine Gefahr für den Frieden und fordert die Staaten auf, durch internationale Abmachungen die Abrüstung zu fördern.

Nur wer die Macht der englischen Kirche kennt, begründet auf das tiefe, das gesamte öffentliche und private Leben des englischen Volkes durchdringende religiöse Gefühl, ermit die Bedeutung dieses Kirchenbeschlusses für die englische und damit zugleich für die internationale Friedensbewegung!

Ein zweiter und ein dritter bedeutsamer Beschluß der Bischofskonferenz sind

die grundsätzliche Bejahung der Geburtenkontrolle

und die Zulassung unschuldig geschiedener Eheleute zur Kommunion. Die beiden letzten Tatsachen werden Mißbehagen und Kritik unter den Frommen innerhalb und außerhalb Englands hervorrufen. Die Bischöfe verteidigen sich jedoch schon im voraus, indem sie erklären, die Kirche dürfe nicht außerhalb des Lebens und der Zeit stehen und nicht an der Not der Volksmassen vorbeigehen. Luxus, Selbstsucht oder Gemohnheit seien kein Grund, die Kinderzahl zu beschränken, wohl aber die soziale Not. Die entsprechende Entschlieung wurde mit 193 gegen 67 Stimmen angenommen, 43 Bischöfe enthielten sich der Abstimmung.

Der indische Textilboykott.

Weitere Stilllegungen europäischer Fabriken.

Bombay, 14. August.

Die Simplex-Baumwollspinnereien, ein europäisches Unternehmen, das auf der Boykottliste des indischen Kongresses an erster Stelle steht, haben heute ihren Betrieb stillgelegt, wodurch 2000 Arbeiter zum Fahren gezwungen sind. Im ganzen sind jetzt zwölf Spinnereien, die 23 000 Arbeiter beschäftigten, geschlossen.

Die Lage in Peshawar.

London, 14. August.

Die letzten Berichte aus Peshawar besagen, daß die Beunruhigungen durch die Afridi nachlassen. Die in der Umgebung von Peshawar befindlichen Afridi werden auf ungefähr 1200 Mann geschätzt. Sie haben sich jetzt zurückgezogen. Der drohende Angriff auf Kohat fand nicht statt. In den Dörfern von Tirah hat die Bevölkerung ihre gewohnte Tätigkeit wieder aufgenommen.

Die antifaschistische Luftpropaganda.

Bassanesi kommt vor den Schweizer Staatsgerichtshof.

Genf, 14. August. (Eigenbericht.)

Die schweizerische Regierung hat am Donnerstag zu dem Fall Bassanesi Stellung genommen, der seit Wochen zu diplomatischen Uneinigkeiten geführt hat. Der Bundesrat hat entschieden, daß wegen der Unklarheit der Vorkommnisse ein Verstoß gegen die Bundesverfassung durch Verletzung eines fremden Staatsgebietes nicht feststellbar ist. Weil aber Bassanesi die schweizerische Gastfreundschaft grob verleiht und mit seinem Flugzeug in ihm benachbartem und befreundetem Land eine Handlung begangen habe, die die guten Beziehungen der Nachbarschaft zu stören geeignet sei, hat der Bundesrat beschlossen, den Fall dem Staatsgerichtshof zu übergeben.

Die Anklage lautet auf Verletzung der Luftverkehrsordnung vom Jahre 1920, da Bassanesi bei seinen Landungen in Lodrino nicht die Weisungen des eidgenössischen Luftamtes durch die Ortsbehörden eingeholt hat. Das in der Verordnung vorgesehene Strafmaß beträgt Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 10 000 Franken. Diese beiden Strafen können auch miteinander verbunden werden. Eine auffallende Einmischung in ein schwebendes Strafverfahren leistet sich der schweizerische Bundesrat, indem er in einer amtlichen Verlautbarung erklärt, es werde dem Richter selbstverständlich nicht verwehrt sein, bei der Strafverhängung innerhalb des vorgesehenen Rahmens zu berücksichtigen, daß Bassanesi das schweizerische Gastrecht gröblich mißbraucht habe.

Giovanni Bassanesi ist ein italienischer Emigrant, der in Paris lebt und dort eine Luftfahrtzeitung leitet. Mit dem Flugzeug dieser Zeitung kam er nach Genf, flag am 11. Juli über den St. Gotthard nach Lodrino, wo er antifaschistische Vite-ratur auslud, die er am gleichen Tage über Mailand abwarf. Auf dem Rückflug zerschellte seine Maschine auf Schweizer Gebiet. Bassanesi wurde verwundet und ausgehoben und festgehalten. Die italienische Regierung verlangte von Bern die Verhaftung Bassanesis wegen politischen Verbrechen und wollte die Helfer Bassanesis herausgebracht haben, der aber nichts preisgab. Die italienische faschistische Presse beschuldigte die Schweiz der Duldung aller antifaschistischen Komplote. Der Bundesrat hat nun den Fall aus der Sphäre der hohen Politik abgeschrieben, was in Italien besonders bei der gegenwärtigen Massenflucht von Italienern auf schweizerisches Gebiet sicher neue Butaus-erträge zur Folge haben wird. — Die Verteidigung Bassanesis hat der sozialdemokratische Nationalrat Borella in Chiasso übernommen.

Reaktionäre Verleumdungen.

Gegen eine deutsche Kinderrepublik in der Schweiz.

Zürich, 14. August. (Eigenbericht.)

Gegen die Kinderrepublik der deutschen Kinderfreunde am Thuner See ist von der reaktionären Schweizer Presse eine heftige Verleumdungskampagne geführt worden. Insbesondere wurde behauptet, daß eine Gruppe der Kinderfreunde vor einer Kaserne demonstriert habe. Nun teilt die Gemeinde Thun amtlich mit, daß keinerlei begründete Beschwerden gegen die Kinderrepublik vorliegen und daß es sich bei der Demonstration vor der Kaserne nicht um Mitglieder der Kinderrepublik, sondern um Angehörige einer einheimischen Ferienkolonie gehandelt habe.

Schweizer Bundesrat beantragt Wahlreform.

Zürich, 14. August. (Eigenbericht.)

Der schweizerische Bundesrat beantragte beim Parlament die Umwidmung des Nationalrats und des Ständerates von drei auf vier Jahre zu erstrecken und die Wählerzahl, auf die der Nationalrat zu wählen ist, von 20 000 auf 22 000 zu erhöhen. Die Sozialdemokratie wird beim ersten Antrag opponieren. Zur Durchführung der Anträge des Bundesrats wäre eine Volksabstimmung nötig.

Richter Lynch.

Wieder ein südstaatliches Volksvergnügen.

New York, 14. August.

Eine tausendköpfige Menschenmenge versuchte in Marion (Indiana) das Gefängnis zu stürmen und zweier Regier hoffte zu werden, die der Tötung eines Weißen beschuldigt wurden. Durch die Verwendung von Tränengas gelang es der Polizei, die Menge eine Zeitlang in Schach zu halten. Schließlich gelang es der Menge doch, in das Gefängnis einzubringen. Die Regier wurden vom Gefängnisfenster herab aufgehängt. Ein dritter Regier wurde bis zur Bewußtlosigkeit verprügelt, konnte jedoch im letzten Augenblick gerettet werden. Aus Indianapolis und anderen Nachbarstädten sind starke Postzettelabteilungen nach Marion unterwegs.

Am der Küste von Schantung liegen zwei chinesische Dampfer zusammen. Ein Dampfer sank. 70 Passagiere und sieben Mitglieder der Besatzung werden vermißt.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Freitag u. Samstag billige Lebensmittel

Sowohl Detail Mengenabgabe vorbehalten. Fische, Obst u. Gemüse werden nicht zugesandt.

Obst u. Gemüse

Kochbirnen . . . Pfund	0.16	Rotkohl Pfund	0.05
Eßbirnen Pfund	0.20	Wirsingkohl . . . Pfund	0.05
Reineclauden . . . Pfund	0.22	Möhren Pfund	0.05
Blaue Pflaumen 2 Pfd.	0.48	Schmorgurken . Pfund	0.05
Ramburüpfel Pfund	0.28	Senfgurken . . . Pfund	0.10
Zitronen Dutzend	0.38	Grüne Gurken St. v.	0.10 an
Weintrauben . . . Pfund	0.38	Einlegegurken 3 Pfd.	0.28
Bananen 2 Pfund	0.85	Stangenbohnen 3 Pfd.	0.25
Weißkohl 3 Pfund	0.10	Zwiebeln 3 Pfd.	0.25
Holländischer Blumenkohl Kopf von 0.30 an			

Fische

Schellfisch Pfund von	0.18 an
Rotbars ohne Kopf, Pfd.	0.30 an
Zander gefroren, Pfd. v.	0.60 an
Leb. Krieb Mandl. v.	0.75 an
Lebende Aale Pfd. v.	1.15 an
Spiegelkarpfen lebende, Pfund von	1.30 an

Räucherwaren

Schellfisch Pfund	0.32
Makrelen Pfund	0.38
Seelachs in Stücken, Pfund	0.38
Kieler Bücklinge Pfd.	0.42
Aale Pfd. 2.90 an, Bund	0.30 an
Lachs in Stücken, Pfd. von	1.25 an
Matjesheringe neue, 3 Stück von	0.28 an
Olardinen . . . 4 Dosen	0.98

Geflügel, Wild

Jg. Tauben frisch geschlecht.	0.75 an
Hühner frisch geschlecht.	0.98 an
Brathähnchen junge Pfd. v.	1.10 an
Enten frisch geschlecht	1.10 an
Hirschkocheisch Pfd.	0.35
Hirschblättern Pfd. von	0.90 an
Rehblättern Pfund von	1.08 an

Kolonialwaren

Olympia-Mehl 5-Pfd.-Beutel 1.48, 1.58	1.45
Rauheif-Mehl 5-Pfd.-Beutel	1.68
Kartoffelmehl . . . Pfund	0.20
Tafelreis Pfund	0.24
Haferflocken . . . Pfund	0.25
Hartgrieß Pfund	0.32
Makkaroni Hartgrieß Bruch, Pfund	0.46

Müher

gefroren 82 Pf. an
Pfund v.

Gänse frisch geschlachtet 98 Pf. an
Pfund von

Seelachs ohne Kopf, ganze Fische 16 Pf. an
Pfund von

Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfd. v. 20 Pf. an

Fisch-Filet Pfund von 25 Pf. an

Fettbücklinge Pfund von 30 Pf. an

Fludern Pfund von 28 Pf. an

Tomaten Pfund 6 u. 9 Pf.

Kartoffeln 10 Pfund 43 Pf.

Frisches Fleisch

Suppenfleisch . . . Pfund	0.84
Rinderkamm u. Brust Pfd.	0.88
Schmorfleisch 1.12 Pfd. 1.38	
Roastbeef mit Knoch., Pfd.	1.12
Fr. Rinderzungen Pfd.	1.20
Lieser 0.75 Gulasch 0.98	
Gehacktes Pfund	0.80
Rückenfett bratfertig, Pfd.	0.78
Kalbskamm u. Brust Pfd.	0.94
Kalbsnierenbrat. Pfd.	0.98

Kalbsschnittel . . . Pfund	2.10
Schweinerücken mit Big.	1.12
Schweineschinken u. Kamm, mit Beilage, Pfund	1.12
Kahler mild gesalzen, Pfd.	1.26
Bratwurst Spezialität, Pfd.	1.20
Nierentalg ausgelesen Pfund	0.54

Gefrierfleisch
Rinderkamm u. Brust Pfund 0.84
Hammelvorderfl. Pfd. 0.86

Wurstwaren

Blut-u. Leberwurst Hall. Pfd.	0.75
Rot- u. Süzwurst Pfd.	0.96
Dampfwurst Pfund	0.98
Fleischpreßsack Pfund	1.10
Landleberwurst Pfund	1.20
Jagd- u. Mettwurst (Br. Art)	1.40
Kümmel- u. Bierwurst	1.45
Schinkenpolnische	1.65
Filetwurst Pfund	1.65
Teewurst u. feine Leberwurst, Pfd.	1.70
Zerelat u. Salami Pfd.	1.70
Grobe Teewurst Pfund	1.90
Zerelatwurst In Fell- Darm, Pfd.	1.90
Speck fett 0.98 mager Pfund 1.40	
Schinkenspeck Pfund	1.80
Nußschinken, ca. 2 Pfd. schwer, Pfd.	1.90

Käse u. Fett

Camembert vollfett, Schadhial o. Rinde 4 Port.	0.40
Emmenthal. Art vollfett, Pfund	0.75
Brikäse Pfund	0.82
Dän. Schweizer 3/4 fett	0.84
Tilsiter vollfett, Pfd. von	0.88 an
Steinbuscher vollfett, Pfd.	0.92
Limburger halbfett, Pfd.	0.55
Limburger vollfett, Pfd.	0.88
Edamer Pfund	0.98
Holländer vollfett, Pfund	0.98
Schweizer bayr., vollf. Pfund von	1.38 an
Margarine Pfund	0.50 0.58
Molkereibutter Pfund	1.38
Tafelbutter Pfund	1.60 1.68
Dän. Butter . . . Pfund	1.80

Konserven

Leipziger Allerlei 1/2 Dose mittelfein 1.30	0.78
Erbsen fein 1.20 junge	0.70
Karotten extra klein 0.80 ge-schnitten	0.35
Spinat 0.50 Sellerie 1.05 ohne Stein	0.75
Pflaumen 0.58	1.05
Aprikosen	1.85
Spanische ohne Zucker, 1/2 Dose	1.12
Pflirsche kalifornische ohne Zucker	0.95
Mirabelien	0.95

Wein

1929 Oberhardter Tisch- und Bowlenwein	0.73
1929 Dürkheimer roter Tischwein	0.80
1928 Wöllsteiner Höllberg Rheinhesse	0.95
Tarragona Rot Original Nörregaard	0.95
1929 Liebraumilch Goldkapsel	1.20
1928 Pfaffener Neuberg spritziger Mosel	1.20
1921 Grand Poujeaux Bordeaux, Wacht. Renouil	1.30
1927 Niersteiner Domtal	1.60
Obstschaumwein mit Steuer und Flasche	1.20
Deutsch. Weinbrand „Qualitätsbrand“	4.50
Wein zum Faß zu billigen Preisen.	

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater und Städtische Oper geschlossen.

Abonnements-Anmeldungen werden entgegengenommen:

- a) für die Staatsoper und das Staatl. Schauspielhaus vom Abonnementsbüro, Berlin W56, Oberwallstr. 22 von 9-2 Uhr. Fernspr. Merkur 9024.
- b) für das Staatl. Schillertheater vom Abonnementsbüro, Berlin Charlottenburg, Grolmanstraße 70 von 9-2 Uhr. Fernspr. Steimpl. 6715.
- c) für die Städtische Oper vom dortigen Abonnementsbüro, wochentags von 10-2 u. v. 6-8 Uhr.

8 1/2 Uhr CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr Lothringer Straße 37.

Für unsere Leser: Gutscheine 1-4 Pers. Fauteuil 1,25 M., Sessel 1,75 M. Der Possen-Schlager Der selbige Hollschinsky und ein erstkl. buntes Programm.

Reichshallen-Theater 8 Uhr Stettiner Sänger Dönhoff - Brettli: Varieté Konzert - Tanz

ZOO Zoolog. Garten Ab 4 Uhr nachmittags GROSSES KONZERT Täglich: Tanz im Freien Auf d. Schaustellungsplatz „1000 Krokodile“ Aquarium Tierkunst-Ausstellung

Rennen zu Hoppegarten Freitag, den 15. August nachmittags 3 1/2 Uhr.

Winter Garten
8 1/2 Uhr. - Zentrum 2819. - Rauchen erlaubt.
Carlos u. Chita u. Co.
Die New-Yorker Revue-Sensation, Walter Nilsson, neu und sensationell! Eini Glässer, Alfred Loyl mit seinen Pudein, Polizeihunden und arabischen Vollbluthengsten?
Ferner eine Fülle von auserlesener Stars!
Sonnab. u. Sonntags je 2 Vorstellungen 4 Uhr und 8.15. - 4 Uhr kleine Preise.
Das führende Varieté

Werde Abonnent des **Rose-Theaters!!**

Unser Abonnement bietet: 12 Vorstellungen im Jahr.

Freies Programm. Freie Garderobe (als einzige Bühne Berlins). Beim Beitritt bis 31. August keine Einschreibgebühr. Unsere Abonnenten werden u. a. sehen: „Die Braut von Messina“, von Schiller. „Die schöne Helena“, große Operette von Offenbach. „Eine Nacht in Venedig“, mit Musik von Johann Strauß. „Die Dollarprinzessin“, von Leo Fall. „Die Fasnachtsfee“, von Kalmán. „Rose Bernd“, von Gerhart Hauptmann. „Der Veilchenfresser“, von Moser. „Die fünf Frankfurter“, von Rößler. „Das 4. Gebot“, von Anzengruber.

Vorteilhafte Plätze im Abonnement:
I. Parkett-Sessel nur RM 1,10
II. Parkett nur RM 0,85
I. Rang-Balkon nur RM 1,-
I. numerierter Mittelrang nur RM 0,60
(Die Preise verstehen sich inkl. Programm und Garderobe)

Persönliche Anmeldung wochentags v. 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends. Können Sie uns nicht persönlich besuchen, so schreiben Sie uns bitte Ihre Adresse. Wir senden Ihnen dann umgehend kostenlos und unverbindlich einen ausführlichen Prospekt.

Name: _____
Wohnung: _____

„Die tolle Lola“
Hans Rose u. Loni Fyrmont
Täglich 8.15 Uhr
im **Rose-Theater** (Gartenbühne)
Musik: Hugo Mirsch, Regie: Edgar Kaslich, Bühne: Bruno Arno, Orchester: Max Schmidt, Neue Ausstattung: Walter Fischer.
Im Innentheater 8 1/2 Uhr:
Heimliche Brauffahrt
mit W. Rose und Gerl. Kanitz.

Berliner Prater Sommertheater Kastanienallee 7-9 Humb. 2246 Eine entzückende Burleske sowie der auserwählte Varieté-Teil. Täglich 8 1/2 Uhr Gustl Beer, Trude Schindler, Herta Stary, Erwin Hartung in **Katja, die Tänzerin** Operette in 3 Akten von Leopold Jakobson und Rudolf Ostermeier Musik von Jean Gilbert. Eintrittspreis von 30 Pf. an.

Lessing-Theater Waldenstr. 2797 u. 2848 Täglich 8 1/2 Uhr **Wiederaufnahme beantragt** v. Otto Ernst Hessec Lone, Hecksels, Saml. Flamme, Falkenberg, Glatzer, Grotzinsky.

Komische Oper 8 1/2 Uhr **Paul Westermeyer** in **Liabo und Trompetenblasen** Operette von Roland.

Deutsches Theater D 2 Weidendamm 5281 8 Uhr **Phaea** von Fritz v. Unruh. Reg.: Max Reinhardt. Musik: Friedrich Hollaender. Bühnenbild: Ernst Schütz.

Die Komödie 11 Bismck. 2414/7316 8 1/2 Uhr. **Wie werde ich reich und glücklich?** Komödie von Felix Zachmann. Musik von Winch Spillarsky. Regie: Erich Engel. Bühnenbild: Ludwig Kaiser.

Nordsee über Helgoland Bremerhaven
Bremen
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Allen Wanzen **Tod und Teufel**
Wanzenflüß „Marzial“ tötet jede Wanze auf der Stelle und zerstört die Brutnester restlos. Nicht stechend, überall anwendbar. Flasche M. - 85, M. 1.50 und M. 2.40. In Drogerien erhältlich, sonst durch Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4.

Besondere Vergünstigung für die Leser des „Vorwärts“
Vom Freitag, dem 15. August, ab
Piscator-Bühne
im **Wallner-Theater** u. U.
Sie zahlen für:
Orchester-Fauteuil statt M. 6,- nur M. 3,50
Orchester-Sessel statt M. 5,- nur M. 3,-
Parkett-Fauteuil statt M. 4,- nur M. 1,50
I. Rang statt M. 3,- nur M. 1,-
Beim Vorzeigen dieses Gutscheines an der Theaterkasse gültig bis auf weiteres täglich ab 10 Uhr ununterbrochen an der Kasse. Telefon - Alexander 4592.

§ 218

Deutsches Künstler-Theat. Tel. Barbara 3537 8 1/2 Uhr **Weekend** Lustspiel von N. Coward.

Renaissance-Theater Steinplatz 6780. 9 Uhr **Die Wunder-Bar** Revuestück

Theater i. d. Behrenstr. 53-54 8 1/2 Uhr **Ist das nicht nett von Colette?**

Theater d. Westen: Täglich 8 1/2 Uhr **Das Land des Lächelns** Franz Lehars Sensationserfolg! Sonntag nachm. 4 Uhr kleine Preise

Das Land des Lächelns

Zentral-Theater (Operettenhaus) Alte Jakobstr. 30/32 Dönh. 2047 Täglich 8 1/2 Uhr **Nur noch kurze Zeit: Ein Zille-mijon Kinder der Straße** Gesang u. Tanz von W. Lascini und Arthur Meyer. Rundfunkhörsaal. Preise. In Vorbereitung: **Überm grossen Teich**

Metropol-Theater Heute 7 1/2 Uhr **Premiere** Ab Sonnabend tägl. 8 1/2 Uhr unter pers. Leitung des Komponisten **Viktoria und ihr Husar** Große Operette von Paul Abraham. Sonntag nachm. 4 Uhr kleine Preise **Friederike.**

Wanderkarten

Wanderkarten

Zimmer: 1 Bett Mk. 7,- bis 11,- 2 Betten 13,- bis 22,- Bad: Mk. 3,- Solon: 10,- keine höheren Preise

Excelsior
Eine Großmacht der europäischen Hotels
Berlin HOTEL Excelsior
L. Juergens Alexanderplatz Neue Königstr.

BILLIGE MÖBEL-TAGE
Eigene Fabrikation seit 1876
Echt Eiche Schlafzimmer m. Ind.-Faser-Auflagen 675.- 770.- 850.-
Echt Eiche Speisezimmer m. Tisch u. 4 Lederstühle 650.- 700.- 775.-
Küchen 175.- 215.- 275.-
OHNE ANZAHLUNG
SEELISCH-MÖBEL
Rigauer Straße 71-73 Hackescher Markt 4

Was lehrt der Stettiner Prozeß?

Fortentwicklung des Seeluges muß überwacht werden. — Erhöhte Sicherheitsmaßnahmen dringend erforderlich.

Bei der Stettiner Verhandlung über das Unglück, das den Dornier-Wal „Hedst“ betroffen hatte, traten zum erstenmal in der Öffentlichkeit die scharfen Gegensätze deutlich hervor, die zwischen den Vertretern der Seefahrt und der Luftfahrt seit langem bestehen, und der Kampf, der sonst hinter den Kulissen der Reichsbehörden um die Führung im Seeflug geht, wurde vor dem Forum des Seemates einmal öffentlich ausgetragen.

Eine starke Gruppe von Fliegern, die aus der Seefahrt hervorgegangen sind, wünscht seit langem eine stärkere Interessenvertretung im Reichsverkehrsministerium, da ihre Wünsche dort — ihrer Ansicht nach — nicht so Erfüllung gefunden haben, wie es das Interesse der immerhin noch jungen Seefahrt erfordert. So nahmen diese Kreise die Gelegenheit wahr, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß im Seeflug in der Tat manches reformbedürftig ist und daß man an den Vorschlägen, die im Laufe dieses Prozesses gemacht wurden, an maßgebender Stelle doch nicht achtlos vorübergehen können. Deutschlands Seefahrt ist noch sehr jung, und die Erfahrungen, die man bei den Fahrten über der Ost- und Nordsee sowie gelegentlich auf Flügen nach den Kanarischen Inseln sammeln konnte, sind im Grunde genommen recht gering. Denn das große Ziel, das erreicht werden soll, ist der regelmäßige Dienst mit Flugzeugen zwischen Europa und Amerika, ein Unternehmen, das früher oder später Verwirklichung finden wird. Um die Vorkherrschaft auf diesem Gebiet geht seit langem in aller Stille der Kampf zwischen den Kreisen, die der Schiffsahrt nahestehen, und jenen Organisationen, die der Luftfahrt sind, daß auch der Ozeanflug den Einrichtungen vorbehalten bleiben muß, die das Flugwesen aus kleinsten Anfängen zu seinem jetzigen Stande entwickelt haben.

Bessere Ausbildung der Flugzeugführer!

Notwendig ist, wie gerade das Flugzeugunglück bei Bornholm gezeigt hat, eine intensive Zusammenarbeit beider Kreise. Mit Recht hat das Stettiner Seemate verlangt, daß der Flugzeugführer, der täglich über dem Meere fliegt, eine gründliche nautische Ausbildung besitzen muß, um im Fall einer Notlandung diejenigen Anordnungen treffen zu können, die das Element verlangt, über das er täglich hinwegfliegt. Auch die Flugzeugindustrie wird sich den Wünschen der Seefahrt nicht verschließen können, ihre Erzeugnisse den Erfahrungen der Schiffbauingenieure

anzupassen und zu verbessern. Auf der anderen Seite scheint es verfehlt zu sein, die Initiative gänzlich den Seemates zu überlassen, die das rein fliegerische ebensowenig beherrschen, wie bisher die Seeflugpiloten die Nautik. Das Reichsverkehrsministerium wird sich entschließen müssen, eine Behörde zu schaffen, die nicht nur Seefliegern die Lizenz erteilt auf Grund ihrer Ausbildung in der Schiff- und Luftfahrt, sie wird auch dafür sorgen müssen, daß berufene Fachleute die Fortentwicklung des reinen Seeflugzeuges ständig überwachen und ihre Erfahrungen sowohl der Industrie als auch den Flugorganismen übermitteln.

Es geht nicht an, daß, wie bisher, Flugzeuge für den Seedienst zugelassen werden, deren maximale Eigenschaften lediglich auf rechnerischem Wege ermittelt werden und die in der Praxis immer wieder versagen müssen, weil die fortlaufenden Versuche auf dem Meere fehlen. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß einfache Sicherheitsvorrichtungen an Flugzeugen nicht angebracht werden, weil, wie der Vertreter der Deutschen Verkehrsflugschiffahrt in Stettin zur Betwangerung der Mitglieder des Seemates erklärte, man sich nicht habe denken können, daß ein großes Flugboot, wie der Dornier-Wal, „überhaupt kentern könne“.

Die Tragödie von Lübben.

Jetzt wird suspendiert — aber Gertrud Schade bleibt tot!

Lübben, 14. August.

Die amtliche Untersuchung über den tragischen Selbstmord des Dienstmädchens Gertrud Schade, die bekanntlich wegen angeblicher Unterschlagung von 100 Mark verhaftet worden war und sich aus Gram darüber das Leben nahm, hat zunächst zu der Suspendierung des Hauptmordkommissars May geführt, der für die Festnahme und die Behandlung des Mädchens verantwortlich gemacht wird. Außer dem Disziplinarverfahren ist noch ein strafrechtliches gegen den Wachmeister angestrengt, durch das festgestellt werden soll, ob er durch die zu Unrecht erfolgte Festnahme des Mädchens sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hat. Bei der Staatsanwaltschaft Kolbitz läuft nebsther noch immer das Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen Diebstahls der 100 Mark. Eine Reihe von Zeugen ist bereits vernommen worden. Das abschließende Ergebnis steht noch aus.

Mädchen das Gift beigebracht habe. Das Mädchen stand im 6. Monat der Schwangerschaft. Wolff wurde vom Thüringer kommunistischen Volksblatt als Berichterstatter beschäftigt, war eifriger Funktionär der K.P.D., leitete eine Zellkammer die Anführer der K.P.D. und später die kommunistische Jugendgruppe. Wolff hat bereits für drei uneheliche Kinder zu sorgen, mußte von der Hildebrandt das vierte uneheliche Kind erwarten und hat auch bereits seit Monaten Verkehr mit einem anderen Mädchen.

Frauenmord in Solingen.

Wuppertal, 14. August.

Wie die Polizei mitteilt, wurde heute früh die 25jährige Hausangestellte Katharina Mertens aus Solingen-Ohligs, Langenbergstraße wohnhaft, am Retscheider Bach in Solingen-Ohligs tot aufgefunden. Sie ist wahrscheinlich ermordet oder vergiftet worden. Der Tat dringend verdächtig ist der 33 Jahre alte Fabrikarbeiter Friedrich Zimmermann, der flüchtig ist.

Überall schlechtes Wetter.

Schnee auf der Zugspitze. — Verregnetes Wochenende?

Die Hoffnungen auf einen schönen Nachsommer werden immer geringer, denn die Wetterlage zeigt auch für die nächste Zeit wenig Neigung zu einer wesentlichen Veränderung.

Die Schichtwetterperiode hält nun schon seit vielen Wochen ununterbrochen an. Während der großen Ferien gab es kaum einen ausgesprochen schönen Tag, und täglich stellte sich mit unangenehmer Buntlichkeit der mehr oder minder heftige Regenguß ein. Das schlechte Wetter hat Hunderttausenden die Urlaubsfreude verdirbt, und den vielen, die garben, im August einige schöne Ferientage verbringen zu können, geht es nicht besser.

Zum Wochenende sieht die Wetterlage wieder einmal alles andere denn rosig aus. Sie ist gegenwärtig durch eine kräftige Depression bestimmt, die mit ihrem Kern über Schleswig-Holstein liegt. Mit Ausnahme des Nordostens (Ostpreußen) herrscht überall schlechtes und vielfach regnerisches Wetter. In der Rheingegend sind die Niederschläge bei ziemlich tiefen Temperaturen und häufig auftretenden Gewittern besonders ergiebig. Nach dem meiste am Donnerstag um 19 Uhr nur noch 10 Grad Wärme. Sehr unfreundlich ist das Wetter auch im Ostgebirge. In der Nordsee herrscht Windstärke 8 bis 9. Besonders scharf ist der Temperaturrückgang im Wettersteingebirge in Erscheinung getreten. So wird von der Zugspitze, dem höchsten Gipfel des Reiches, 3 Grad Kälte und starke Schneefälle gemeldet.

Zusammenfassend lautet die Prognose für das Wochenende: unbeständig, kühl, windig und Regenschauer.

Berliner Student abgestürzt!

Führerseil gerissen! — Von den Felsen zerschmettert.

Bozen, 14. August.

Eine aus zwei Damen und zwei Herren aus Berlin bestehende Gesellschaft unternahm eine Besteigung der Fünffinger Spitze in den Dolomiten. Als sie an einer Felswand waren, riß aus unbekannter Ursache plötzlich das Seil. Der zuletzt Gehende, der 21jährige Student der Berliner Technischen Hochschule, Günther Köhner, stürzte über 70 Meter in die Tiefe. Seine Freunde fanden ihn mit schweren Verletzungen auf, denen er nach einer Stunde erlag. Die Leiche wird nach Berlin übergeführt.

Schweres Eisenbahnunglück in Rumänien.

Schnellzüge zusammengestoßen: Bisher neun Tote!

Bukarest, 14. August.

Ein folgenschweres Eisenbahnunglück ereignete sich heute vormittag auf der Station Sceleanu der Eisenbahnstraße Cankaja—Bukarest. Infolge fehlerhafter Weichenstellung wurden die beiden in Sceleanu sich kreuzenden Schnellzüge auf dieselbe Gleise geleitet und prallten aufeinander. Nach den bisher vorliegenden Meldungen hat der Zusammenstoß neun Tote und sieben Schwerverletzte gefordert. Die Lokomotiven und drei Wagen wurden schwer beschädigt. Hilfszüge mit Arbeitern für die Freimachung der Strecke sind abgegangen.

Taifun fordert 27 Tote.

Tokio, 14. August.

Der Taifun hat in SüdJapan erheblichen Schaden angerichtet. Bei Kagasaki wurde durch die Gewalt der Fluten ein Damm durchbrochen. Siebenundzwanzig Menschen sind ums Leben gekommen. Nach vorläufigen Angaben soll der Sachschaden 6 Millionen Yen betragen.

Zyankali!

Mädchen im Walde tot aufgefunden. — Opfer eines gewissenlosen Durschen?

Weimar, 14. August. (Eigenbericht.)

Auf dem Brauberg bei Gotha wurde in einem Waldstück die ledige Frieda Hildebrandt als Leiche aufgefunden. Die amtliche Untersuchung ergab, daß der Tod durch Zyankali erfolgt ist. Als Täter wurde der Kommunist Hans Wolff, Gotha, verhaftet, der auch bereits eingestanden hat, daß er das Gift von einem Freunde vor einigen Wochen erhalten hat, um angeblich einen Hund damit zu töten. Wolff hat auch bereits zugegeben, daß er sich mit Frieda Hildebrandt an der bezeichneten Stelle, wo die Leiche aufgefunden wurde, niedergelassen hat. Er erklärte, hier habe das Mädchen dann das Gift zu sich genommen und sei nach einem heftigen Lodeskampf verstorben. Nur bestritt Wolff, daß er dem



„Oh, Herr Schwirz, Sie wollen mir ja nur schmeicheln. Herr Hunt hat mich schon damals gewarnt, ich sollte mich vor Ihnen in acht nehmen.“

„Nein, nein, Sie tun mir unrecht. Ich wohne auf dem Berge so und so und heiße der aufrichtige Hans“ wie unser Dichter sagt. Glauben Sie mir, 's mag sein, daß ich nur ein gewöhnlicher Geschäftstreiber bin, aber auf solche Dinge versteht ich mich.“

„Oh! ... Lesen Sie eigentlich gerne Gedichte?“

„Ohne recht zu wissen, was Sie eigentlich tun wollte, suchte Una Herrn Schwirz nach ihrem eigenen Bildungsstandard zu prüfen, der durch einander etwas widersprechende Einsätze entstanden war.“

Sie hatte nicht viel Kunstverständnis erworben, doch sie hatte sich sozusagen ein schlechtes Gewissen angeeignet, das so ziemlich alle Bücher und Musikstücke und Bilder diskreditiert, die einem leicht gefallen.

„Versteht sich“, versicherte Herr Schwirz, „ich habe Gedichte sehr gerne. Hab' selbst welche gelesen, zu der Zeit, da ich von St. Paul aus reiste und einer Kellnerin in Eau Claire ein wenig zu tief in die Augen geguckt hatte.“ Dies befriedigte Una zwar nicht ganz, doch freute es sie zu erfahren, daß er das Evangelium der Bildung gehört hatte; er beschrieb nämlich eingehend, „welches Vergnügen es doch war, so 'nen Kerl aus Boston, 'nen berufsmäßigen Vortragskünstler, anzuhören; soll ja selbst auch tadellose Gedichte geschrieben haben; damals nun trug er uns in einer Freimaurerloge aus Kipling und Ella Wheeler Wilcox vor — 'n richtiggehender Dichter.“

„Geben Sie auch viel in Konzerte und dergleichen?“ tatechierte Una weiter.

„Na, eigentlich nein; da versag' ich nun manchmal. Und unter uns gesagt, ich hab' auch nie viel Zeit gehabt für diese Schönegeister, die immer nur betonen wollen, wie himmelhoch sie über den gewöhnlichen Leuten stehen und über Motive

und finstliche Dichtungen und den ganzen Jimmt quasseln. 'n Bekannter von mir, der in Musikinstrumenten reist, hat mich mal in ein Blütharmonisches geschleift; also ich konnte aus der Sache nicht klug werden — der Kapellmeister schlug einem armen Kerl von Musiker übers Ohr (denken Sie mal, einen Organisierer). Hätte sich bei seiner Bemerkung beklagen sollen, wie ihn dieser Kapellmeister so behandelt hat und darauf antwortet der Mann mit einem Rißer auf der Geige, überspringt zwei Takte, kommt dadurch den Blechinstrumenten vor, und die blasen sich dann die Lungen aus, um ihn wieder einzuholen. Das soll Musik sein? Und einmal in der großen Oper — da singen wieder lauter die Deutsche, alle auf einmal, wie Hausierer, die ihren Kram verkaufen wollen. Ach was! Ich lob' mir so ein gutes, altes Lied wie „Lehete Rose“ ... Ich wette, Sie könnten das singen, daß sogar 'n Reisender für Sportartikel weinen und an seine Herjallerliebe denken müßte, aus den Zeiten, als er noch 'n Junge war.“

„Nein, das könnt' ich nicht — ich kann keinen Ton singen“, sagte Una entzückt ... Sie hatte über all diese Scherze des Herrn Schwirz sehr viel gelacht ... Jetzt ließ sie sich in ihren Stuhl zurücksinken und fühlte sich so von Herzen wohl und zufrieden, wie sie es im Banne Babsons nie gewesen war.

„Gerade heraus gesagt, Kleinen. Bestehen Sie's mir zur Nacht es Ihnen nicht mehr Spaß, 'n gutes altes, gefühvolles Liedchen gesungen zu hören als 'ne Bande von Geigern und Trompetern, die sich durch so 'ne Wagneroper durchkämpfen und einen gottsjämmerlichen Spektakel machen wie eine Horde Ragen? Na, sagen Sie nun selbst, haben Sie nicht glatt mehr Vergnügen daran?“

„Ja, kann schon sein, manchmal; aber das will noch nicht heißen, daß all die billige Operettenmusik so gut ist wie die Oper und so weiter; wenn wir nur nicht — musikalisch so ungebildet wären ...“

Herr Schwirz zog vergnügt eine Zigarre hervor, röhrt daran, bis die Spitze ab, entfernte voll Behagen die Schleiße, bat um Erlaubnis zu rauchen, zündete die Zigarre an, ohne die Antwort abzuwarten, seufzte befriedigt und stürzte sich wieder in die Konversation:

„Nicht vielleicht, daß ich gegen die Snobs was hätte, nöh. Diese Frackmusik ist ganz gut für Leute, denen sie gefällt. Aber mir sollen sie damit vom Leibe bleiben. Ich laß die anderen Leute in Ruh', und wenn ich ein armer Durchschnittsmensch mit einem ordinären Geschmack sein will

und 'ne ordentliche Musik hören will, so kann ich nicht einsehen, warum ich mir von denen vorzeichnen lassen soll, in ein Konzert zu gehen. Aufrichtig, hab' ich nicht recht?“

„O ja, wenn man's so nimmt ...“

„Alle diese Kritiker da, die immerfort erzählen, was wir amerikanischen Geschäftsleute doch für einen beschränkten Horizont haben! Nun, unter uns gesagt, ich weite, daß ich jede Woche mehr gute, große, ausgewaschene Fünferscheine einstreiche als neun Zehntel dieser hochgebildeten Flederkraher — jawoll, und Universitätsprofessoren und Schriftsteller dazu!“

„Ja, aber man darf das Geld nicht zum einzigen Maßstab machen“, sagte Una, zugleich mit dem unsichtbaren Chor von Mamie Wagen und Walter Babson.

„Ja, was sonst wollen Sie zum Maßstab machen?“ fragte Herr Schwirz triumphierend.

„Nun ...“ sagte Una.

„Verstehen Sie mich; ich bin in mancher Beziehung selbst anspruchsvoll. Schandromane hob ich nie vernutzen können. Ich würde jeden einzelnen verbieten; würde am liebsten ein Gesetz herausgeben, das jedem Wähler nur erstklassige Lektüre vorschreibt, wirklich prima primissima Sachen. Ich halte nichts von all dem billigen Romanezeug — diesen gräßlichen realistischen Geschichten — als ob der Autor nichts anderes vom Leben sehen könnte als nur die häßliche Seite. — Ich kann Ihnen sagen, es ist schon schlimm genug im Leben, ohne daß man die schmierigen Dinge besonders betont, diese unglücklichen Ehen und Armut und Elend und das ganze Zeug — ich meine, wenn man nicht schöne, optimistische, erheitende Sachen schreiben kann, dann soll man überhaupt nicht schreiben. Und diese erotischen Bücher! Das ist ja alles nicht wahr. Sensation, weiter nichts! Halten Sie nur ja nichts von all dieser ganzen schöngeligen Lektüre, von keiner Sorte ... Ach, es ist ja natürlich ganz gut, mal 'n paar Detektivgeschichten zu lesen oder eine nette, schöne, saubere Liebesgeschichte, gerade um die Zeit totzuschlagen. Aber ich, ich halte mich nun einmal an die wirklichen, anerkannt guten Autoren von Rang, die nicht immer im Dialekt schreiben, und nur von ordinären Menschen und Dingen. Am liebsten lese ich kleine Artikel über das moderne rastlose Leben in Amerika, darüber, daß man nicht immer im alten Troit bleiben soll, sondern 'n wenig Schwung ins Leben bringen muß, jawohl, mein Fräulein!“

„Das freut mich“, sagte Una. „Ich habe auch Bücher gern, aus denen man etwas lernt.“ (Fortsetzung folgt.)

Menschenräuber im Zug.

Chepaar mit 20 000 Dollarscheck entführt.

New York, 14. August.

In Saint Louis ereignet das rätselhafteste Verbrechen des Generaldirektors der Saint Louis Biscuit Company, Charles Kern, und seiner Gattin riesiges Aussehen. Das Ehepaar trat vor einigen Tagen mit dem Expresszug eine Reise nach der Stadt Toledo an, wo der Direktor, wie er auf seiner Bank erzählte, eine große Grundstücksaktion durchzuführen gedachte. Herr und Frau Kern sind jedoch in Toledo nicht angekommen und seit mehreren Tagen fehlt jedes Lebenszeichen von dem Ehepaar. Die Behörden glauben, daß das Ehepaar von Chicagoer Banditen auf vorläufig unauflösbare Weise entführt worden sei.

Der Direktor wollte vor seiner Abreise in seiner Bank in Saint Louis einen Betrag von 20 000 Dollar in barem Geld heben. Der Kassenschafter war aber so vorsichtig, dem Direktor zu raten, er möge doch eine so große Summe nicht in barem Geld, sondern in Form eines Schecks auf die Reise mitnehmen. Die Bank tat ein übriges und beauftragte telegraphisch einen Privatdetektiv in Toledo, das Ehepaar in der Stadt genauere zu überwachen. Der Detektiv erwartete am Bahnhof die Ankunft des Expresszuges aus Saint Louis, mußte aber feststellen, daß Direktor Kern und seine Gattin sich nicht unter den Passagieren des Expresszuges befanden.

Die eingeleiteten Nachforschungen ergaben, daß das Ehepaar Kern im Zug die Bekanntschaft von zwei gut gekleideten jungen Leuten gemacht und sich mit ihnen während der Fahrt angelegentlich unterhalten hatten. In der Station Defiance verließen die Kerns und ihre neuen Bekannten den Zug und bestiegen ein Automobil, das in der Richtung nach Chicago davonfuhr. Seitdem wurde das Ehepaar nicht mehr gesehen.

Die Polizei neigt zur Ansicht, daß Generaldirektor Kern raffinierten Schwindlern aufgefressen ist, die ihn, unter der Vorspiegelung irgendeines Grundstücksgeschäftes mit Aussicht auf schnellen und reichen Gewinn, zu einer Reise nach Toledo zu bewegen wußten. Als die Gauner erfuhr, daß Kern kein Bargeld, sondern einen schwer verwertbaren Scheck mitgenommen hatte, dürften sie

den Plan ihres Raubzuges geändert und die Entführung des Ehepaars im Automobil ins Werk gesetzt haben, um von den Angehörigen des reichen Industriellen ein hohes Lösegeld zu erpressen.

Das Ende eines Betrügers.

Bielshowsky in New York verhaftet.

Wie aus einer New Yorker Meldung hervorgeht, ist der Ende Juni aus Berlin unter Hinterlassung von annähernd 800 000 M. Schulden geflüchtete Schuhfabrikant M. C. Bielshowsky in New York verhaftet worden.

Bielshowsky, der in der Ballaststraße im Grunewald eine luxuriös eingerichtete Villa bewohnte, besah am Raybachufer 48 seit fünf Jahren eine gutgehende Damenschuhfabrik. Zunächst kam B. seinen Verpflichtungen pünktlich nach. In der letzten Zeit jedoch operierte er viel mit Wechseln und blieb bald mit größeren Zahlungen gänzlich im Verzug. Bielshowsky trat angebliche große Außenstände an seine Lieferanten ab, die dann, als sie zum Inlatzo schreiten wollten, zu ihrem Schrecken erführen, daß die Summen bereits von dem Schuhfabrikanten eingetriben, bzw. noch mehrmals weiter verpfändet waren. Sogar die Arbeiter wurden um ihren letzten Wochenlohn betrogen, denn B. hatte es vorgezogen, noch einen Tag vor der Lohnung zu verschwinden.

Die Familie des Betrügers konnte in Schlefien ermittelt werden, von ihm selbst fehlte aber jede Spur. Zunächst wurde angenommen, daß Bielshowsky seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht habe. Nun ist er plötzlich in New York auf Grund des Strohbriefes entdeckt und verhaftet worden.

Es wird vermutet, daß der Fabrikant ein Opfer seiner Spekulationsleidenschaft geworden ist, da er bei einer Berliner Großbank erhebliche Verpflichtungen aus Geschäften in der Börse hatte. Zweifellos wird B. schon in der nächsten Zeit ausgeliefert werden.

Der Nebenkläger klagt an.

Die Röntgenal-Verteidiger haben es nicht eilig.

Gestern sollten im Röntgenal-Prozess endlich die Plädoyers der Verteidiger beginnen. Lange genug hat dieser Prozess nun wirklich gebauert. Jeder Tag kostet immenses Geld. Die Herren Rechtsanwältinnen haben es aber nicht eilig. Trotz des dringenden Wunsches des Gerichts weigerten sie sich mit den Plädoyers zu beginnen. Als Vorwand benutzten sie die plötzliche Erkrankung des Rechtsanwalts Dr. Sad: er habe die allgemeinen Gesichtspunkte vorbringen sollen; die Kollegen seien darauf nicht vorbereitet. Also kam gestern nur der Nebenkläger Rechtsanwalt Dr. Joachim zu Worte.

Er vertrat nur den Vorliegenden des Röntgenal-Reichsbanners Ulrich, der bei der Schießerei verletzt worden war; er sprach aber gewissermaßen auch im Namen des Toten Kubow und der anderen Verletzten. Er fragte: Handelt es sich hier überhaupt um ein politisches Vergehen? Und antwortete: Nein. Die Angeklagten sind nicht Ueberzeugungsverbrecher, sondern ihre Leute wegen deren Ueberzeugung niedergeschossen. Ihre Handlungen waren solche von sadistischer Brutalität. Wenn man auch eine Erklärung dafür in der Presse, in der joshchen Erziehung in der Schule und im Hause finden kann, so ist es trotzdem keine Entschuldigung. Es sei auch kein Zufall, daß ein großer Teil der Angeklagten höhere Schüler sind. Wie die Tat, so auch das Verhalten vor Gericht. Sie leugnen die Täter zu sein; andere seien es gewesen, sie hätten nur in Notwehr gehandelt, und schließlich seien sie auch gar nicht dabei gewesen. Der Nebenkläger schildert die Teilnahme jedes einzelnen und kommt zu dem Ergebnis, daß alle ohne Ausnahme dabei gewesen waren. Bei der Erörterung des Strafmaßes zitiert er u. a. den „Vorwärts“-Artikel, in dem die Tarife für Rombmord angeführt waren. Es handelte sich hier um eine besonders gemeine Tat: auf fliehende wurde geschossen. Prozess und Urteil habe für das Wohl Tausender von Wählern Bedeutung. Das kostbarste Gut, das der Staat zu schützen hat, das Leben des Bürgers, sei in Gefahr... Die zweieinhalbstündige Rede des Nebenklägers wurde von Anfang bis Ende mit der gleichen Spannung angehört.

Morphiumsuchtige Oberin.

Hinter den Kulissen eines Schwesternheimes.

Seltene Szenen ereigneten sich gestern im Schöffengericht Berlin-Mitte. Zuerst bekam die eine Angeklagte einen hysterischen Anfall, dann die andere, die dritte drohte das gleiche zu tun und die vierte war nicht weit davon entfernt. Eigentlich hätte man bei Krankenschwestern eine robustere Natur erwartet. Es handelte sich aber um recht eigentümliche Krankenschwestern. Eigenartig waren auch die Zustände, die in dem Schwesternheim Kugsburger Straße herrschten und die die vier Krankenschwestern und ihre drei abwesenden Kolleginnen auf die Anklagebank gebracht hatten.

Die Oberin war nämlich Morphiumsuchtin, und die Krankenschwestern, die in ihrem Heim wohnten, mußten ihr von ihren verstorbenen Patienten das restliche Morphinum bringen. Die Krankenschwestern aber sind gewissermaßen auf Wohl und Wehe der Oberin ausgeliefert. Von jeder Pflanze zahlen sie ihr 4 Mark pro Tag für Kost und Logis. So also waren von neun Schwestern sieben gefügig, das behauptete wenigstens die Anklage; sie tauchte auf Verstoß gegen das Opiumgesetz. Die Oberin selbst hatte sich der „irdischen Gerechtigkeit“ entzogen. Ihr Herz war einer Morphinumentziehungskur nicht gewachsen gewesen.

Eine Französin, die sich mit der Oberin nicht vertragen und das Haus verlassen mußte, hatte bei der Polizei Anzeige wegen Verstoßes gegen die Reichsverschönerungsordnung und das Opiumgesetz gemacht. Sie war es auch, die ihre Kolleginnen schwer belästigte. Die Oberin hatte aber vor ihrem Tode ihre Freundin, die Französin, der gleichen Tat beschuldigt, deren sie ihre Kolleginnen bezichtigte. Vor Gericht gab aber nur eine zu, der Oberin Morphinum gegeben zu haben, und so wurde auch nur diese zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Angeklagten hätten sich also die hysterischen Anfälle ersparen können. Wie kommt es aber, daß die Krankenschwestern Morphinumpullen, die nach dem Ableben der Patienten zurückbleiben, an sich nehmen dürfen, und geht es mit rechten Dingen zu, daß sie sich in einem derartigen Abhängigkeitsverhältnis von der Oberin befinden?

Zur Reichstagswahl.

550 neue Stimmbezirke in Berlin.

Kürzlich veröffentlichte der „Vorwärts“ unter der Überschrift: Schafft mehr Stimmbezirke, eine Zuschrift des Genossen Dittmann, in der an recht unangenehme Begleiterscheinungen der letzten Reichstagswahl in Berlin erinnert wurde. Genosse Dittmann empfahl vor allem die Stimmbezirke zu verkleinern und entsprechend zu vermehren.

Zu dieser Publikation schreibt uns Genosse Dr. Lohmann in seiner Eigenschaft als Pressescheff der Stadt Berlin: „Auf die Notiz „Schafft mehr Stimmbezirke“ („Vorwärts“ vom 5. August) teile ich Ihnen mit, daß bereits bis zu den Stadtverordnetenwahlen im November vorigen Jahres 500 neue Stimmbezirke in Berlin geschaffen worden sind, um die Inzuffizienz, die sich bei den letzten Reichstagswahlen ergeben hatten, zu beheben. Auf Grund der Erfahrungen bei den Stadtverordnetenwahlen und mit Rücksicht auf die inzwischen neu geschaffenen Siedlungen werden für die jetzigen Wahlen weitere 50 Stimmbezirke neu eingerichtet werden.“

Also am 14. September wird das Auszählungsgeschäft — wesentlich vereinfacht — den Wahlvorständen weniger Kopfschmerzen verursachen als bei der letzten Reichstagswahl.

Neues Unwetter über Italien.

Unter den Trümmern einer Mauer begraben.

Neapel, 14. August.

Ein schweres Unwetter hat die Ortschaft Poggioreale heimgesucht und dort großen Schaden angerichtet. Die Katastrophe ereignete sich gerade zur Zeit des Marktes. Nach den bisherigen Feststellungen hat das Unwetter vier Todesopfer gefordert; rund 70 Personen werden als verletzt gemeldet. Auch zahlreiche Gebäude, vor allem einige Speicher, sind beschädigt oder zerstört. Unter den Trümmern einer drei Meter hohen fünfzig Meter langen Fabrikmauer, die plötzlich einstürzte, sollen sich, wie es heißt, noch eine Anzahl von Menschen befinden, die erst geborgen werden können, sobald die Feuerwehr ihre Aufräumarbeiten beendet hat.

Funkwinkel.

Wilhelm Speyers Roman „Kampf der Tertia“ von dem Kampf, den eine Schar prächtiger Jungen und ein Mädchen für die Tiere führt, wurde als Hörspiel gedruckt. Um viele hübsche Belwerte verziert; der Rest immer noch lebenswürdige Heiterkeit. Man wachte wieder das erprobte Rezept an, Teile der Erzählung zu lesen und die Dialoge sprechen zu lassen. Der allzu echte Lärm der versammelten Schüler erschnitterte allerdings Lautsprecher und Trommelfelle über Gebühr. — Herbert Walden las eine eigene Novelle „Heimweh“, eine sehr anschauliche, grimmig satirische Mittelstück, die leider von einer überflüssigen wuchtig-pathetischen Umrandung ziemlich erdrückt wurde. — Ueber die Einflüsse des diesjährigen anomalen Sommerwetters auf die Preisgestaltung am Getreidemarkt sprach Dr. Erwin Löffel. Er beleuchtete die Frage aus der Perspektive jener Landwirte, die eine ungünstige Ernte als mitleidigen Ausgleich für die reichen preisrückenden Ernten der letzten Jahre erbot. Der Getreidenotrat aus diesen Jahren ist jedoch so groß, daß, wie aus den Ausführungen des Redners hervorgeht, die Anknüpfung einer Preissteigerung notwendig nur als ein Borsemanöver angesehen werden muß. Ranker Arbeitslose, manche fargerbeitete Familie mag angstvoll dem Vortag gefolgt sein. Von niedrigen Getreidepreisen hat der Großstädter nichts gemerkt — soll er bald für sein Geld noch kleinere Brote bekommen? Die Auseinandersetzung über ökonomische Probleme wird vom Berliner Sender fortgeführt. Für viele dieser Fragen hat bestimmt heute, wo die Grenzen zwischen Pessimismus und Optimismus so unbestimmt erscheinen, die Allgemeinheit Interesse. Es wurde diesmal nicht ins Blaue hineingerehet; die beiden Vorträge, Sanitätsrat Dr. Bergmann und Dr. Adolf Schmidt, die über das Thema „Rug und gegen den Spiritismus“ sich unterhielten, gehören der ärztlichen Gesellschaft für parapsychologische Forschung an, hatten also Gelegenheit, so genaue akute Erscheinungen gemeinsam zu beobachten. Das.

Berkehrsunfall vor der Reichskanzlei.

Infolge des schlüpfrigen Pflasters geriet gestern nachmittag in der Wilhelmstraße vor dem Gebäude der Reichskanzlei eine Autodroschke ins Schleudern und fuhr von hinten in einen Handwagen hinein, der von zwei Arbeitern gezogen wurde. Die Arbeiter, ein 46-jähriger Karl Mund aus Gütergeh, und der 47-jährige Hermann Heller aus Lestow gerieten dabei unter die Räder der Droschke und erlitten schwere Verletzungen. Die Verunglückten fanden in der Universitätsklinik in der Siegelstraße Aufnahme. — Auf der Heerstraße in Staaken wurde der 11-jährige Schüler Johann Stamski aus Staaken, Amalienhof, von einem Lastauto überfahren und lebensgefährlich verletzt. Das Kind wurde ins Bestienkrankenhaus gebracht.

Allgemeine Wetterlage.



Die Depression, die am Mittwoch noch südlich von Island lag, ist schnell nach Südosten gezogen und liegt am Donnerstagabend mit seinem Kerne über Schleswig-Holstein. Namentlich an der deutschen Nordseeküste verursacht sie stürmische Nordwestwinde. Das Wetter ist unter dem Einfluß des Tiefs meist regnerisch und sehr kühl. Stellenweise herrschen am Donnerstagabend in Deutschland nur 9 Grad. In den nächsten Tagen wird unser Bezirk vermutlich auf der Rückseite der Störung liegen. Das Wetter wird daher seinen unruhigen Charakter beibehalten.

Wetter für Berlin: Unbeständig und ziemlich kühl mit wiederholten Schauern und böigen westlichen Winden. — Für Deutschland: Im Nordosten nach Landregen Uebergang zu veränderlichem Wetter, im übrigen Reiche unbeständig mit wiederholten Schauern, kühl, namentlich im Küstengebiet stürmische Westwinde.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seebastienstr. 37-38, Hof 2. Etz.
Freitag, 15. August, 8 Uhr: Kameradschaft Reichswehrleute der Jahn, Jermolow, Reichswehrleute; Kameradschaft Transport bei Seife, Kronprinzstraße; Kameradschaft Osthav Tempel bei Rebeck, Normannenstr. 38, Versammlung, Erdweimen oder Kameraden Pflicht, Vorkämpfer Berg, 1. Reichskameradschaft; 9 Uhr bei Samagel, Kall, Pflicht. — Sonntag, 17. August, 8 Uhr: Kameradschaft (Ordnung); 10 Uhr: Antreten Finanzkassiere Schöneberg, Mühlentstr. 8, zur Aufsicht nach Post (republikanischer Tag), Pflichtversammlung, Schöneberg (Ordnung); 10 Uhr: Antreten Finanzkassiere Schöneberg, Mühlentstr. 8, zur Aufsicht nach Post zum republikanischen Tag, Fahrpreis 1 M. — Sonntag (Ordnung): Antreten in Reichswehr um 14 Uhr vor dem Richard-Wagner-Bauwerk in der Bruno-Platz-Straße zum Umzug der SPD, Kameradschaft; 16 Uhr im Volkshaus Ruders.

Reichsbanner-Bezirk Berlin-Westen trifft am Sonntag, 17. August, um 10 Uhr ab in Kehlertor, Reichswehrstraße. Es beteiligt sich daran der ganze Kreis. — **Ordnungspartei**: Am Sonntag, 17. August, von 9 bis 11 Uhr Uebungsübungen in Wilhelmshof, Friedrichstr. 1.

Christlich-Sozialer Christenverein, Montag, 18. August, 8 Uhr, Konfirmanden, Charlottenburg, Bismarckstr. 114 (Anie), Klubzimmer, Konfirmandenabend. Gäste willkommen.

Deutscher Arbeiterverband, e. V. (Verband für Arbeiterkultur und Kulturpflege), Bezirk Groß-Berlin, 59. 29, Anienstraße, 41, Unterstadtstr. 1, Dienstag, 19. 8, 16, 23. September: Arbeiterkultur und Sozialismus (Wahlkampf), Referat wird noch bekanntgeben. 2. Dienstag, 16. 21, 28. Oktober, 4. November: Arbeiterkultur und Sport, Referat Fritz Schmidt. 3. Dienstag, 18. 23. November, 4. Dezember: Arbeiterkultur und Erziehung (Die ethische Frage), Referat wird noch bekanntgegeben. Der Auswärtigen Referat werden mit, hat es umgehend dem Berliner Bezirksverband, Berlin zu melden. 2. Der Kreis, 4. In welchen Organisationen Mitglied? 4. Seit wann? 5. Welche Funktionen werden dort ausgeübt? 6. In welchen Kreisen soll die Teilnahme erfolgen? Teilnahme an allen Kreisen ist zulässig. 8. Ist der Bewerber in stande und gemäß, das Gebot und Gehalts an Interessierte weiterzugeben?

Freie Arbeiter-Opern-Verbindung, Gruppe Osten: Am Ostbahnhof 17, Donnerstag, 14. August, von 9-11 Uhr: „Lagoda“ — Gruppe Zentrum: Freitag, 15. August, im Arbeiter-Verbandsklub, Linienstr. 88-90, mäßige Monatsversammlung, Kassen: Kassen bei Konstanz Rappaport, 7 Uhr: „Die Schöne“, Sonntag, 17. August, Wanderung zum Feuersee, Treffpunkt 7 Uhr Ostlicher Bahnhof.

Deutsche Gesellschaft für Pfälzische Ortsgruppe Berlin, Wäldchen, Bismarckpark am Sonntag, 17. August, 1. In die Wälder zwischen Bismarckpark und Frankfurt, für Camille! Uebert Schillerische Bahnen 7 00 Uhr nach Berlin mit Sonntagsschiffahrt, Führung: Dr. Rieger, 2. Wissenschaftliche Exkursion nach Potsdam-Neuborn, Camille nicht erlaubt, Abfahrt Ostliche Bahnhof 9 30 Uhr, an Tiberik 10 Uhr, Führung: Stubenrat Hennig, Die Teilnahme an den Exkursionen ist auch für Gäste kostenlos, soweit diese nicht an gemächlichen Zwecken teilnehmen. Die Exkursionen dienen vor allem der Belebung und der Auffrischung über Spielplätze und Gärten. Ueber weitere Exkursionen im August und September erteilt Auskunft Stubenrat Hennig, Berlin-Südende, Teilschur Str. 21.

„English Conversational Club“ founded 1878. Meetings every Friday 8 p m. Café Schottenhaml, Bellevuestr. 11a. Lectures: Mr. Müller on: „The old Berlin.“ Guests, Ladies & Gentlemen, are welcome.

Sunlicht Seife
reinigt vollkommen
weil sie vollkommen
rein ist.

Wie Berlin geschröpft wird

Der Wohnungsbau erliegt — Wann kommt die Reichshauptstadt zu ihrem Recht?

Wir haben in einem größeren Artikel „Die Bauwirtschaft gedrosselt“ (Vorwärts Nr. 371 vom 10. August) die katastrophale Lage des Berliner Baumarktes und auch die Gründe der in Berlin besonders hohen Arbeitslosigkeit dargelegt. Im Anschluß hieran geben wir heute eine bildliche Darstellung der Benachteiligung Berlins durch die ungerechte Verteilung der Hauszinssteuer. Man erkennt, welche hohen Summen Berlin von seinem Aufkommen sowohl für Wohnungsbau wie für allgemeine Finanzzwecke trotz seiner eigenen Noie an andere Gemeinden abzugeben hat. Bekanntlich wird das Gesamtaufkommen der Hauszinssteuer zunächst in zwei gleiche Teile zerlegt, von denen der eine der Förderung des Wohnungsbau dient, während der andere für allgemeine Verwaltungszwecke bestimmt ist.

Von dem für Wohnungsbau bestimmten Hauszinssteueranteil zahlt Berlin jahraus, jahrein mehr als ein Viertel an den Ausgleichsfonds, aus dem es nichts zurück erhält. Bei den Mitteln für allgemeine Verwaltungszwecke erhält Berlin nach dem Schlüssel nur 16,6 Millionen, während es an den Ausgleichsfonds 38,7 Millionen zahlt

Verteilung der Hauszinssteuer

Für Wohnungsbau



Für allgemeine Verwaltungszwecke



und nur 15 Millionen im Verteilungsverfahren wieder erhält, so daß also 23,7 Millionen auch hier an andere Gemeinden gehen.

Kampf um den Kohlenpreis.

Die Klein Händler auf falschem Wege. — Wie wird es im Winter werden?

Der Verband der Vereine selbständiger Holz- und Kohlenhändler von Berlin G. V. hatte zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung eingeladen, bei welcher sich auch die Presse über die „Wirtschaftskrise im Kohlenhandel“ informieren sollte. Tatsächlich sind die Verhältnisse bei den Kleinhändlern nahezu katastrophal, wie man aus dem Referat des Verbandesekretärs Dame entnehmen kann. Viele haben aus dem Sommergeschäft nicht die geringsten Einnahmen gehabt, sehr viele der Geschäfte mußten schließen, da sie ihren Verpflichtungen gegenüber den Großhändlern nicht nachkommen konnten. Die verbilligten Verkaufspreise im Sommer, die aber keine Kunden anlockten, wurden durch Verfügung des Reichswirtschaftsministeriums beibehalten, dem nachher auch das Kartell bestimmte. Die Klein Kohlenhändler suchen nach Wegen, die sie aus ihrer bedrängten Lage herauszuführen. Sie sind über den Schritt des Ministeriums außerordentlich entsetzt, und die sehr maßvollen und vernünftigen Ausführungen ihres Referenten fanden eine teilweise stürmische Ablehnung. Die Kohlenhändler kämpfen wie ein Strohalm um die einst geplante Erhöhung von 10 Pf. pro Zentner Breiheits ab 1. Juli, obwohl, wie einige Redner in der Diskussion mit seltener Offenheit ausführten, die Klein Händler sich zu „Betrügereien am Volk“ machen und die gelieferte Schundware dieses Jahres in vier bis sechs Sorten dem Publikum für teures Geld anhängen müssen. Wenn sich also das Publikum wehrt, diese minderwertigen Qualitäten abzuschmecken, wer will es ihm verdienen?

Richtig ist, wenn der Referent ausführt, daß der unfreiwillige Preisabbau nicht bei den Kleinhändlern stehen bleiben darf, daß ihm unbedingt eine Ermäßigung der Frachten und anderer Unkosten folgen müsse. Der Redner nannte dabei auch die Löhne. Will der Berliner Kleinhandel seine Kreditverschuldung und Ohnmacht gegenüber dem allmächtigen Syndikat auf dem Rücken seiner Arbeiter austroten? Die Arbeiterschaft würde in diesem Fall die Antwort nicht schuldig bleiben!

Schon jetzt versuchen die Kohlenhändler sich ein Mittel für die kommenden Schwierigkeiten zu schaffen, vielleicht ist es aber auch nur ein Druckmittel gegenüber dem Reichswirtschaftsministerium. Der Referent erinnerte an die Kohlenkatastrophe im Winter 1928, in der die Kleinhändler ihre Pflicht nicht und ganz genau haben. Eine ähnliche Kohlennot stände bei einem strengen Winter der Berliner Bevölkerung bevor, da die vorhandenen Vorräte knapp für den Hausbrand auf 14 Tage ausreichen. Es sind im ersten Halbjahr 1930 nur 743.807 Tonnen abgenommen, also über eine halbe Million Tonnen oder fast die Hälfte Breiheits weniger als in demselben Zeitraum 1929, wo für Hausbrandzwecke 1.258.761 Tonnen Breiheits nach Berlin kamen. Dies müßte bei einem strengen Winter...

größten Kohlennot in Berlin

führen, denn diese halbe Million Tonnen fehlender Breiheits bei Bedarf im Winter nach Berlin zu schaffen und zu verteilen, sei für die Produktion, Eisenbahn und Handel unmöglich. Trete keine Erleichterung für den Kohlenhandel ein, so müßte der Breiheitspreis auf 1,90 M. je Zentner erhöht werden oder der Kohlenhandel bliebe nicht mehr lebensfähig. Ein anderer Redner zeigte sehr drohend, was diese Ausführungen sagen wollten, indem er erklärte, dann kommen die Kunden wieder zu dem begehrten Kohlenmann und brühen ihm ein Büßmarktstück in die Hand und sagen heilend: „Nicht friert!“

Das Niveau der Diskussion zeigte klar die Kräfte, die hier am Werke sind, um die Krise im Kohlenhandel für ihre wahlbezwecklichen Zwecke auszunützen. Besonders die mehr als stumpfen Angriffe gegen den „Vorwärts“, der sich pflichtgemäß für die Interessen der Verbraucher einsetzt hat, wobei er die Notlage der kleinen Kohlenhändler durchaus würdigte, beweisen deutlich, daß wieder einmal die Wirtschaftspartei Dumme sucht und scheinbar auch

findet. Die kleinen Kohlenhändler, die auf Tod und Bedeih mit der Arbeiterschaft und den kleinen Angestellten und Beamten verbunden sind und im Augenblick nur deren Notlage miterleiden müssen, werden sich noch länger nach Stunden umsehen müssen, wenn sie jenen Kreisen zum Munde sprechen, die in vornehmen Häusern mit Zentralheizung wohnen.

Als Lehre der gestrigen Versammlung aber sollten Regierung und Kommune erkennen, daß es im Interesse der Berliner Bevölkerung unumgänglich ist, sofort Maßnahmen zu ergreifen, um einer kommenden Kohlennot in den Großstädten vorzubeugen. Es müssen sofort alle verfügbaren Kohlen, die jetzt auf den Stapelplätzen der Werke lagern, in die Großstädte übergeführt und hier auf geeigneten Stapelplätzen gelagert werden.

Noch höhere Miete?

Sofort, wenn es nach den Hausebsitzern ginge.

Der vergangene Reichstag hat sich bei den Haus- und Grundbesitzern keines großen Ansehens erfreut. Die „Deutsche Hausbesitzer-Zeitung“ schreibt in ihrer Nummer 30 vom 24. Juli 1930: „Von dem besonderen Standpunkte des deutschen Haus- und Grundbesitzers muß das Urteil über die gesetzgeberische „Tätigkeit“ des letzten Reichstages geradezu vernichtend ausfallen.“ Allerdings: Denn bis zum vollständigen Abbau der Mieterschutzgesetzgebung und bis zu einer Mietzinssteigerung von 200 Proz. hat es selbst dieser Reichstag nicht gebracht. Die Sozialdemokratie war stark genug, die schlimmsten Angriffe der profitfreudigen Interessenten abzuwehren.

In der „Tätigkeit“ des Kabinetts Brüning übt die „Deutsche Hausbesitzer-Zeitung“ lauen Kritik. Kein Wunder: Der Haus- und Grundbesitzer Dr. Bredt war in diesem Kabinett Reichsjustizminister! Vielleicht hätte sich auch dieser Reichstag noch das Vertrauen der Haus- und Grundbesitzer erworben, wenn das Kabinett Brüning und der Reichsjustizminister Dr. Bredt noch eine Weile hätten „tätig“ sein können. Da ist es von dem besonderen Standpunkt der deutschen Mieter aus ein Segen, daß diesem reaktionärsten Kabinett seit der Revolution von den Sozialdemokraten der Stuhl vor die Tür gesetzt wurde.

Dem Hausbesitz der „Platz an der Sonne“.

Im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen schreibt die Zeitschrift das „Grundeigentum“:

„Wenn nun einmal Politik und Wirtschaft so unlösbar miteinander verbunden sind, dann kann man nicht die Wünsche und berechtigten Forderungen des Haus- und Grundbesitzers auf seinen Platz an der Sonne mit einer verächtlichen Handbewegung und mit dem bequemen Schlagwort von der Interessentengruppe abtun, wenn man nicht zugleich eine wesentliche Voraussetzung für eine Gesundung unseres gesamten deutschen Staats- und Wirtschaftslebens auslösen will, denn ohne die Erhaltung des Haus- und Grundbesitzes, dieses exponiertesten Trägers des Privateigentumsgedankens, ohne dieses wichtige Verbindungsglied zwischen Politik und Wirtschaft wird die erstrebte Volksgemeinschaft, die doch die einheitliche Abwehrfront gegen den vordringenden Marxismus bedeuten soll, immer nur ein Tozgo bleiben!“

Es sei bemerkt, daß das Wort von den „Interessentengruppen“ ein Ministerkollege des Herrn Dr. Bredt, nämlich der Reichsfinanzminister Dietrich, gesprochen hat, und der muß seine Pappenhäutchen von der Wirtschaftspartei so wohl ganz genau gefammt haben. Die Wirtschaftspartei ist die ausgesprochene Partei der Haus- und Grundbesitzer und einer der Interessentengruppen ersten Ranges in jedem Reichstag!

Im übrigen: Wir kennen den Teufel, wir kennen die Reife: Schutz

des Privateigentums! Kampf gegen den Marxismus! Parole: Wir und unser Geldsack. Die Mieterinnen und Mieter aber werden den Herren am 14. September einen Strich durch die Rechnung machen! Mieter wählen nur Liste 1. Sozialdemokraten!

Wie lange noch Terror?

Die unerhörten Zustände vor den städtischen Arbeitsämtern.

Ein Arbeitsloser schreibt uns:

Nach Artikel 118 der Reichsverfassung hat jeder Deutsche das Recht, innerhalb der Schranken der Gesetze seine Meinung durch Wort oder Schrift frei zu äußern, niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht. Davon wissen anscheinend die kommunistischen Arbeitslosen nichts oder glauben sie, nur ihnen gehöre dieses Recht? Dann täuschen sie sich gründlich. Am Eingang des Arbeitsamtes Nordwest zum Beispiel steht täglich ein Anarchist, der seine Zeitung verkauft. Auch die Bolschewisten verteilen dort öfter ihre Flugzettel. Als nun kürzlich zwei erwerbslose Sozialdemokraten die „Erwerbslosen-Tribüne“ dort verteilten, wurden sie angepöbelt und beschimpft. Man wollte sie gewaltsam entfernen, das half alles nichts, sie blieben ruhig auf ihren Posten. Nun wurden die vor der Tür stehenden 20 bis 25 Kommunisten wild und versuchten die Zeitungen zu entreißen. Ein in der Nähe weilender Schupo kam herbei, sofort verkrochen sich da die größten „Helden“ in der Menge. In polizeilichen Schutz konnten dann die Genossen unter Schimpfen und Drohen der kommunistischen Radaubröder die Beratungsstelle der Arbeiterwohlfahrt erreichen. So sieht die Hilfe der SPD. für die Erwerbslosen aus. Das ist politisches Rowdytum. Als anständige Menschen fordern wir dringend Abhilfe dieser Zustände. Erwerbslose wehrt euch gegen das Gebaren solcher Elemente. Gebt ihnen die Quittung, indem ihr am 14. September die Liste 1 wählt.

Die Fehlbeträge der Städte.

Nach Feststellungen des Reichsstädtebundes betragen die Fehlbeträge in der Jahresrechnung 1929 in 220 preussischen Städten bis zu 25 000 Einwohnern durchschnittlich 6,94 Mark je Einwohner. In den einzelnen Größenklassen wurde festgestellt, daß in 23 Städten bis zu 2000 Einwohnern durchschnittlich 5,61 Mark je Einwohner, in 88 Städten mit 2001 bis zu 5000 Einwohnern durchschnittlich 7,24 Mark je Einwohner, in 56 Städten mit 5001 bis zu 10 000 Einwohnern durchschnittlich 7,74 Mark und in 53 Städten mit 10 001 bis zu 25 000 Einwohnern durchschnittlich 6,94 Mark je Einwohner als ungedeckter Fehlbetrag nach 1930 übernommen werden mußte.

Kattenaussstellung im Botanischen Garten.

Die deutsche Kattengefellschaft wird gemeinsam mit der Direktion des Botanischen Gartens in Dahlem eine große deutsche Kattenaussstellung veranstalten, die in der Zeit vom 30. August bis 7. September in einer der Hallen des Botanischen Gartens in Dahlem stattfinden wird. Die großen Kattenzüchter Deutschlands werden besondere Variationen ausstellen. Außerdem wird in einer Sonderchau die Entwicklung der Katze vom Sämling bis zum Absterben vorgeführt werden. Die Ausstellung wird wochentags von 9 bis 19 Uhr, an den beiden Sonntagen von 10 bis 19 Uhr geöffnet sein.

Alt-Berlin. Die nächste Führung durch die vergessenen Winkel des ältesten Berlin veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg unter der bewährten Leitung des Schriftstellers Georg Bamberger am Sonntag, dem 17. August. Treffpunkt: 10.30 Uhr auf dem Spittelmarkt, Ausgang Untergrundbahn. Teilnahme 50 Pfennig.

Eckern

denkt rechtzeitig an die

Einsegnung

kurzer Kleider. Wir führen in geschmackvoller Auswahl

Prüfungs- und Einsegnungskleider
Prüfungs- und Einsegnungsanzüge
Hüte, Oberhemden, Untergaraturen
Kragen, Schleifen, Handschuhe
Handtöcher, Prinzbrücke u. a. m.

Alles das erhalten Sie auf langfristigen

KREDIT

gegen nur 1/8 Anzahlung und 3 Monatsraten

ohne Aufschlag

auf die ausgezeichneten niedrigen Preise!

Feder

BRUNNENSTRASSE 197
U. BAHN/FEDERALBAHNHOF ROSENTHALER PLATZ
FRANKFURTER ALLEE 380
KOTTBUSER DAMM 103
WILMERSDORFER STR. 165

Mimikri bei Kartellen...

... oder die Kunst, kein Kartell zu scheinen.

Das soeben veröffentlichte Kartellgutachten des Reichswirtschaftsrats hat sich zwar für Kartellpreiserhöhungen im einzelnen, aber auch grundsätzlich gegen eine Aufhebung von Kartellen ausgesprochen. Es sei das Wesen der Krise, so heißt es zur Begründung, daß überhöhte Preise — wenn nicht besonders starke monopolmäßige Marktherrschaft vorliegt — aufgelockert werden oder eine Sprengung des Kartells eintreten muß. Wie verfährt man mit Kartellen, deren Preise als Kartellpreise überhaupt nicht erkennbar sind, sondern als Wettbewerbspreise erscheinen, deren Marktherrschaft eine unterirdische und deshalb eine sehr straffe ist, weil sie es in der Hauptsache mit öffentlichen Auftraggebern zu tun haben und die trotz der Krise ihre Marktherrschaft mit großem Raffinement aufrechterhalten?

Als Beispiel für ein solches unterirdisches und unseres Erachtens besonders gefährliches Kartell führen wir

Das Starkstromkabelkartell (Vereinigung deutscher Starkstromfabrikanten)

an, das aus relativ wenig und zugleich großen Elektrofirmen besteht, in der Hauptsache öffentliche Auftraggeber beliefert und über dessen Wirksamkeit uns einige Dokumente aus der allerletzten, also aus einer recht soliden Krisenzeit, bekannt geworden sind. Dieses Kartell erweckt den Eindruck, als wäre es keines und als herrsche bei seiner Industrie der volle freie Wettbewerb; in der Tat regiert es aber unbeschränkt mit hohen und höchsten Kartellpreisen den Markt, und auch den teuer produzierenden Mitgliedern bleibt die Kartellrente gesichert. Wie das geschieht? Durch ein sehr geschicktes, fast raffiniertes System, dessen Angelpunkt die Veranstaltung einer Scheinkonkurrenz zwischen „Schützenden und geschützten Kartellfirmen“ und einer scheinbar verschiedenen Preisgestaltung mit „Schutzpreisen“ und „geschützten Preisen“ ist.

Erhält ein Kartellmitglied einen Auftrag oder ein Gesuch um Offerte für Starkstromkabel, so muß es dies dem Kartell melden (Kartellinstruktion). Jedes Mitglied hat eine bestimmte Produktionsquote. Das Kartell stellt fest, wie weit die betreffende Kartellfirma ihre Produktionsquote schon ausgenutzt hat. Wer „dran ist“, muß den Auftrag erhalten. Vom Kartell wird dann den um einen Auftrag im „Wettbewerb“ stehenden Firmen genau der zu offerierende Preis (Preisinstruktion) vorgegeschrieben, getrennt nach „Schutzpreisen“ der schützenden Firmen und geschützten Preisen der eigentlichen Auftragsfirmen. Die in der Produktion im Rückstand befindliche Firma, die den Auftrag erhalten soll, erhält als „geschützten“ Preis den üblichen Kartellverkaufspreis, der selbst schon die auch für die teuerste Firma ausreichende Kartellrente enthält. Die übrigen Firmen geben „Schutzofferten“ ab, d. h. sie treten mit erheblich höheren Preisen in die „Konkurrenz“ ein. Klar, daß dieses System bei einer relativ kleinen Firmenzahl mit relativ gleichmäßigem Auftragsmarkt und relativ einfachen Produkten gut funktionieren kann, die Kartellmitglieder zufriedenstellt und auch Außenstehender nicht leicht aufzukommen läßt.

Was geschieht nun in einer Wirtschaftskrise wie jetzt, wo die Aufträge zurückgehen? Wo so ein Gentleman-Kartellvertrag eine Lücke läßt, werden natürlich besonders die „Starken“ verärgert, die Listen für sich auszunutzen.

Eine günstige Gelegenheit bietet sich dazu bei den sogenannten „gemischten“ Aufträgen (Bau von Transformatorstationen, ganzen Kraftwerken usw.), bei denen auch „Kartellfreie“ Erzeugnisse, die nicht unter das Preis- und Quotendiktat fallen, neben Kabeln geliefert werden. Durch Senkung der kartellfreien Preise und andere Sondervergünstigungen bei der Lieferung der kartellfreien Produkte können im Gesamtpreis des gemischten Auftrags nicht nur die an sich schon hohen „normalen“ Kartellpreise („geschützte Preise“), sondern sogar die noch höheren „Schutzpreise“ mehr als ausgeglichen werden. Der „Kartellschutz“ kann auf diese Weise natürlich ebenso um seine für den Schwachen nützliche Wirkung gebracht werden, wie durch eine offene Durchbrechung. Und es scheint auch, daß in letzter Zeit im Starkstromkabelkartell des öfteren diese Art der Umgehung des Kartellvertrages versucht worden ist. Einen schlüssigen Beweis dafür haben wir in folgendem Dokument aus den allerletzten Julitagen 1930, das einen Eid dafür verlangt, daß die Kartellfirmen die Kartell„gefesse“ nicht umgehen.

Diese eidesstattliche Erklärung lautet:

Wir versichern hiermit an Eidesstatt, daß wir gelegentlich des Auftrages auf ... der Firma ... vor, bei oder

nach Abschluß des Geschäftes oder im Zusammenhange mit ihm unmitttelbar oder mittelbar keinerlei Vergünstigungen gewährt, ausgesetzt oder in Aussicht gestellt haben, welche den von der Vereinigung Deutscher Starkstromkabel-Fabrikanten (V. D. S. F.) festgesetzten Preisen, Bedingungen und Vorschriften nicht entsprechen.

Auf die mit den Verbandswaren angebotenen verbandsfreien Waren oder Leistungen haben wir keinerlei Vergünstigungen im Preise oder in den sonstigen Geschäftsbedingungen gewährt, ausgesetzt oder in Aussicht gestellt, die praktisch eine Unterbietung der Vorschriften der Geschäftsführung der V. D. S. F. bedeuten.

..... den 1930.

Die Erklärung ist deutlich genug. Wir wollen aber auch zeigen, wie in diesem Augenblick der schwersten Wirtschaftskrise, wo die Reichsregierung Arbeitsprogramme auch mit Aufträgen für die Starkstromkabelleute durchführt, die Kartellfirmen auf diese brutale Verschärfung der Kartellbestimmungen reagieren. Die Kartellfirmen parieren nämlich aus Bort; auch die größten. Aus einer dieser größten folgendes die eidesstattliche Erklärung betreffende Rundschreiben, das auch in sehr drastischer Weise zeigt, wie dieses Kartell funktioniert.

Fabrik... Berlin, den ... Juli 1930.

Betrifft: Eidesstattliche Erklärungen usw.

Rundschreiben Nr. ...

Das Starkstromkabel-Kartell verlangt künftig von jedem seiner Mitglieder, das auf ein Angebot, bei dem es hat schämen müssen, einen Auftrag hereinnimmt, ohne besondere Aufforderung die Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung gemäß Anlage. Auch wir müssen diesem Verlangen des Kartells entsprechen.

Inwieweit die Ihnen von uns zugehenden Offerten geschützte Preise oder Schutzpreise (Preise mit Schutzzuschlag) enthalten, ersehen Sie aus der Rückseite unseres Anschreibens. Wir bitten Sie, Aufträge zu Schutzpreisen nur hereinzunehmen, wenn Sie zur Abgabe der eidesstattlichen Erklärung in der Lage sind, und uns diese Erklärung verantwortlich unterzeichnet zusammen mit dem Auftrage einzureichen.

Bei freihändigen Aufträgen (d. h. ohne Rücksicht auf die Höhe des Preises erteilt. Red.), die Sie ohne Angebot von uns hereinnehmen, besteht die Möglichkeit, daß der Kunde das betreffende Objekt vorher bei der Konkurrenz (d. h. auch bei einem Kartellmitglied) angefragt hat, so daß eine Kartellinstruktion hierüber vorliegt. In solchen Fällen werden uns auf unsere freihändigen Meldungen des Auftrages vom Kartell Schutzpreis instruiert, falls die Anfrage von einem Kartellmitglied gemeldet ist, dem Schutz zusteht. (Also Preiserhöhung nach Vertragsabschluss durch Auftragsannahme! Red.) Von einer solchen Schutzinstruktion werden wir Ihnen sofort Kenntnis geben, damit Sie mit dem Kunden erneut verhandeln können, ob dieser den Auftrag zu erhöhten Preisen (!) aufrechterhält. Ist dieses der Fall, so bitten wir um sofortige Einreichung der verantwortlich unterzeichneten eidesstattlichen Erklärung, andernfalls ist der Auftrag anzuqualifizieren. (Red.) Folgt Unterschrift.

Wir glauben, die Methoden dieses Kartells bedürfen keines weiteren Kommentars. Die beiden Schriftstücke sprechen für sich selbst.

Die Gefährlichkeit solcher Kartelle.

Man bedenke nun das folgende: Das Starkstromkabelkartell steht nicht allein. Weit aus der größte Teil der öffentlichen Aufträge, besonders der Elektro- und Maschinenaufträge, wird nach den Methoden dieses Kartells zu monopolisierten Preisen auch jetzt noch vergeben und erworben. Kein Mensch außer den Eingeweihten weiß, daß der hier stattfindende Wettbewerb offener Schwindel ist. (Man denke an die kürzliche Erklärung im Verwaltungsrat der Reichspost, daß für alle Schwachstromaufträge Offerten eingeholt werden, wobei die billigste berücksichtigt wird!) Kein an den Aufträgen beteiligter Beamter braucht zuzugeben, daß es hier nur mit unredlichen Dingen zugeht, denn die freie Konkurrenz der Angebote ist ja „allentkundig“. Jeder Beamte, der sich nicht gegen ein solches System wehrt, macht sich um die so geschützten Industrien „verdient“ und trägt, falls er will, den „Wirtschaftsführerstab“ im Tornier. Solche Kartelle sind also ausbeuterisch und fördern die Korruption, sie sind in Wirtschaftskrisen sehr widerstandsfähig. Sie sind um so gefährlicher, als sie von vornherein daraufhin organisiert sind, daß ihr Pseudonym nicht gelüftet wird, ihre Mimikry nur für Eingeweihte erkennbar ist.

Der Reichswirtschaftsrat hat sich in seinem Gutachten mit diesen Kartellen nicht beschäftigt. Wird es die Reichsregierung bei der Durchführung ihrer Verordnung tun?

Elektrokonzerne im Gasgeschäft.

Bergmann als Holdinggesellschaft für AEG. und Siemens.

Durch die Bergmann-Elektrizitätswerke A.G. haben AEG. und Siemens sich ein Kontrollrecht an der R. Treiter A.G. Berlin gesichert, die neben ihrem Beleuchtungskörpergeschäft wichtige Patente (Gasdruckregler) für Gasapparaturen verwertet. Die Elektrokonzerne haben gleichzeitig das Recht erworben, diese Patente zu verwerten und sind dadurch in der Lage, auch an der Gasversorgung zu profitieren. Die Bergmann A.G., deren Aktienmehrheit bei AEG. und Siemens liegt, scheint Holdinggesellschaft für die beiden Konzerne werden zu sollen.

Verluste oder stille Reserven?

Die Abschreibungen bei Pokorny & Wittelind.

Die Frankfurter Maschinenbau A. G. vorm. Pokorny u. Wittelind wurde von der Konjunkturverschlechterung, die für die deutsche Maschinenindustrie Mitte 1929 eintrat, erst in den letzten Monaten des Jahres betroffen. Der Hauptbetrieb in Frankfurt schloß das Jahr mit einem nicht unerheblichen Gewinn ab, der durch Verluste in der Wäscherei Sprenger etwas vermindert wurde. Indem die Frankfurter Maschinenbau A. G. ihre Abschreibungen vervierfacht, gelingt es ihr trotzdem, einen Verlustabschluss vorzulegen. Die eigenartige Methode der Bilanzierung wird von der Verwaltung mit der bereits vor zwei Jahren erfolgten Aufgabe des Baus von Lastkraftwagen und Omnibussen begründet. Die eine nochträgliche Wertberichtigung von Maschinen- und Vorgesetzten erforderte. Vielleicht entspricht diese Angabe nur

der bekannten Bartelbe für stille Reservenbildung bei der Henschel u. Sohn A. G. Kassel, die seit Jahren über die Aktienmehrheit der Frankfurter Maschinenbau A. G. verfügt. Ist aber die Angabe der Frankfurter Verwaltung richtig, so erscheinen die Fähigkeiten der Henschel-Direktoren in recht ungünstigem Licht; denn bei einiger Aufmerksamkeit hätten sich die Frankfurter Sonderabschreibungen durch eine Koppelung des „Donar“-Lastwagen- und Omnibusbaus mit dem gleichartigen Fabrikationszweig bei Henschel, Kassel, bestimmen vermeiden lassen.

Gegenwärtig ist die Frankfurter Maschinenbau A. G. anscheinend gut beschäftigt; sie deckt ihre Bankkredite ab. Der Buchverlust in Höhe von 0,45 Millionen wird durch eine Ermäßigung der offenen Reserve auf 0,34 Millionen gedeckt. (Im Vorjahr 4 Proz. Dividende auf das Aktienkapital von 6,6 Millionen.) Die Abschreibungen betrugen 1927 erst 208 000 M., sie wurden 1928 auf 225 000 M. und für das Jahr 1929 auf 920 000 M. erhöht.

Staatliche Wohnungsbauförderung in Pommern.

Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und zur Deckung dringenden Wohnungsbedarfs sind aus Reichsmitteln 100 Millionen Mark zur verstärkten Förderung des Wohnungsbaus bereitgestellt worden. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist vom preussischen Minister für Volkswohlfahrt vorläufig in Aussicht genommen, von dem aus dieser Summe auf Preußen entfallenden Anteil der Provinz Pommern insgesamt einen Betrag von 2 750 000 Mark zuzuwenden. Daraus entfällt auf den Regierungsbezirk Stettin 1 600 000 Mark, auf den Regierungsbezirk Köslin 900 000 Mark und auf den Regierungsbezirk Stralsund 250 000 Mark.

Aufgezwungene Uebergewinne!

Der Preisstandal beim Linoleumtrust. — Was tut die Regierung?

In „Rhein und Ruhr“, der Zeitschrift der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, werden jetzt neben dem Kleinhandels- auch die Großhandelspreise für das sogenannte „Stragula“-Linoleum des deutschen Linoleumtrusts verraten. Danach errechnen sich folgende wirklich sehr respektable Gewinne nach der kürzlich erfolgten Preiserhöhung für Linoleum.

Handelsspannen Preis	Fabrikpreis Markt	Erhöhter Ladenpreis Markt			
1 qm Stragula	70	1,32	von 2,10 auf 2,25		
Stragula-Vorlagen Größe 1	67	0,51	0,75	0,87	
"	2	77	0,68	1,10	1,20
"	3	72	1,02	1,60	1,75

Wie wenig diese Handelsspannen in den Lasten des Handels begründet sind, geht schon aus der verschiedenen Höhe der Spanne für durchaus gleichartige Waren hervor. Nicht einmal hohe Lagerungskosten kann der Handel für sich in Anspruch nehmen, denn die „Stragula“-Teppiche werden als billigste, wenn auch schlechteste Linoleumfabrikate von der breiten Masse nachgefragt und gekauft. Aber der Linoleumtrust macht bei der am meisten gefaßte Ware einen 77prozentigen Handelsaufschlag zur Vorkaufsschrift für jeden, der ab Fabrik kauft. Wer die Verpflichtung nicht einhält, bekommt keine Ware!

Außerordentlich interessant ist der Kommentar von „Rhein und Ruhr“ zur Preispolitik des Linoleumtrusts. Es heißt da („Rhein und Ruhr“, 15. August 1930):

„Diese Preiserhöhung zugunsten des Einzelhandels ist diejenige selbst unverständlich; er hat das größte Interesse daran, durch niedrige Preise den Umsatz in der jetzigen Notzeit zum mindesten zu halten. Er lehnt deshalb auch die erhöhte Spanne ab, ist aber gezwungen, die Verkaufspreise einzuhalten, wenn er sich nicht vertragsbrüchig machen will.“

Es ist bedauerlich, daß die Deutsche Linoleum-Werke A. G. die erste Forderung der Stunde auf Preisabbau verkennt und denjenigen Bestrebungen in die Hand arbeitet, die einer immer stärkeren Kontrolle der Privatwirtschaft durch die öffentliche Hand das Wort reden.“

Beinlich, diese Zurechtweisung! Wird aber die Reichsregierung die hier festgestellten Zustände auch so peinlich empfinden, daß sie gegenüber dem deutschen Linoleumtrust vorgeht, der mit seiner „Stragula“-Preiserhöhung nur die Händler mit einer höheren Preispanne für seine Produkte gegen ein Konkurrenzprodukt fördern und jagen wollte, statt seine eigenen Preise herabzusetzen?

Berminderter Landmaschinen-Absatz.

Geschäftsrückgang bei der Traktorbank.

Die Finanzierungs-gesellschaft für Landtraktormaschinen A. G., Berlin (Traktorbank), 1928 mit Ueber-schüssen der Deutschen Rentenbank zur Finanzierung des landwirtschaftlichen Maschinenbedarfs gegründet, schüttet für das Geschäftsjahr 1929/30 zwar wieder 6 Proz. Dividende aus, aber die Umsätze des vorhergehenden Jahres konnten nicht erreicht werden. Der Geschäftsbericht führt das auf eine außerordentliche Kaufkraftminderung der Landwirtschaft zurück, die ihre Bestellungen bei der deutschen Landmaschinenindustrie und dem Landmaschinenhandel einschränken mußte; den Bescheiderpflichtungen kamen die Schuldner jedoch im allgemeinen regelmäßig nach.

Der Wechselbestand — einschließlich der begebenen Wechsel — ging von rund 30 Millionen Mark am 30. Juni 1929 auf 21,35 Millionen Mark am 30. Juni 1930 zurück. Die Einnahmen aus Zinsen und Gebühren sanken von 2,95 auf 2,68 Millionen Mark. Andererseits gingen die Ausgaben für Zinsen und Gebühren von 1,93 auf 1,78 Millionen Mark zurück, die für Steuern von 164 000 auf 145 000 Mark und die Abschreibungen von 34 000 auf 23 000 Mark. Die Handlungsunkosten sind trotz des 30prozentigen Umsatzrückgangs von 535 000 auf 543 000 Mark gestiegen; die Erklärung dafür bleibt der Geschäftsbericht schuldig.

Durchführung des Wohnungsbauprogramms

Der Reichskommissar bei der Arbeit.

Scheinbar offiziös wird darauf hingewiesen, daß das zusätzliche Wohnungsbauprogramm des Reiches jetzt bereits zur Durchführung kommt. Der als Reichskommissar bestellte Ministerialrat Dr. Imhoff hat in Hessen, Baden und Württemberg die Verhandlungen zur Durchführung des Programms aufgenommen, das die Durchführung zusätzlicher Wohnbauten mit einer Vereinfachung der Bauweise, Senkung der Baukosten und Mieten und mit einer zusätzlichen Beschäftigung möglichst zahlreicher Arbeitsloser verbinden soll. In Hessen, Baden und Württemberg seien die Vorarbeiten so weit gefördert, daß in zwei bis vier Wochen mit dem Bau begonnen und voraussichtlich im Herbst ein großer Teil der Bauten im Rohbau fertiggestellt werden kann.

Zur Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage wäre es wünschenswert, daß diese allgemeinen Antunndigungen der Wahrheit entsprechen, was man nicht immer wissen kann. Da auch Herr Stegerwald angesichts des Wahlkampfes ein Interesse daran hat, seine Tüchtigkeit zu beweisen.

Güterverkehr noch immer schlecht.

Der Güterverkehr der Reichsbahn ist leider noch immer rückgängig. In der Woche zum 2. August wurden arbeitstägig 126 400 Wagen gestellt gegen 130 700 vier Wochen vorher. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres liegt immer noch ein Rückgang um etwa 20 Proz. vor.

Umsatzsteigerung bei Karstadt. Im Gegesatz zu der allgemeinen Entwertung konnte der Konzern der Karstadt Karstadt A. G. Hamburg seine Umsätze erheblich steigern. Er verkaufte im Detailgeschäft der Warenhäuser während der Monate Mai, Juni und Juli für 102 Millionen Mark Waren gegen nur 92 Millionen Mark in den drei vergangenen Monaten.

Zusammenschlüsse in der Textilindustrie. Die Firmen Gustav Wintler, Berlin, F. Behrens u. A. Kühne-Dahleben und Julius Henning in Osnabrück vereinigen ihre Segelethproduktion. — Fritz Koberger, der erste Vorsitzende des Deutschen Tuchhandelsrats, hat den Webereibetrieb der zusammengebrachten Hermann Lein GmbH in Göttingen erworben, der 500 Arbeitern Beschäftigung bot. Die Maschinen werden von Göttingen nach Hersfeld in den Betrieb der Tuchfabriken „Gloria“ A. Koberger GmbH transportiert.

Jesim Sofulja: Ein stummer Roman

Ich trat an den Waschtisch, um mir die Hände zu waschen. Rahm den Krug, wollte Wasser eingießen. Aber anstatt mit Wasser war der Krug mit Papiersegen gefüllt.

— Weiß der Teufel, was das ist! — schimpfte ich. Das nennt sich nun Salat!

Das Hotel war allerdings nicht erstklassig. Und das Zimmer armselig genug. Aber was tun? Die besseren waren belegt, ich war müde von der Reise und hatte keine Lust, länger zu suchen.

Ich wollte schon auf den Knopf der elektrischen Leitung drücken, um die Beleuchtung herbeizurufen, ging aber anstatt dessen noch einmal an den Krug, neugierig, was das wohl für Papiersegen sein mochten. Schien es mir doch, als ob sie beschrieben wären.

Wahrscheinlich, auf dem ersten Papier, das ich aus dem Krüge nahm, stand mit Männerhandschrift: „Schenitscha, liebe, weinen sie nicht, es wird alles gut werden.“

Und auf der Rückseite des Zettels war mit derselben Handschrift, aber nervöser und zweifellos in großer Erregung geschrieben:

„Schreien sie nicht. Sie selbst hören es nicht, daß sie schreien, aber im Korridor könnte man es hören.“

Ich begriff nichts.

Bermutlich waren die Wände dieses Hotelzimmers, die wohl schon allerlei gesehen haben mochten, Zeugen eines seltsamen und unheimlichen Vorganges. Aber was mochte das sein?

In großer Erregung und von brennendem Interesse gepackt, schüttelte ich alle Zettel aus dem Krüge auf den Tisch und, meine Müdigkeit vergebend, vertiefte ich mich in ihren Inhalt.

Einige der Zettel waren größer und auf ihnen hatten beide abwechselnd geschrieben, er und sie — die Helden dieser, wie sich später herausstellte, aus einer traurigen und bitteren Notwendigkeit protokollierten, seltsamen Zusammenkunft in einem Hotel.

Hier sind diese Niederschriften, unwesentlich torrigiert und in ihrer vermutlichen Reihenfolge:

Wo haben Sie mich hingeführt? Das ist ja ein Hotel. Ich war noch nie in einem Hotel.

Wir müssen miteinander sprechen. Auf der Straße geht es nicht. Sie hören ja nicht.

Ja, ich bin taub. Weshalb haben sie mich angesprochen? Sie gefallen mir. Ich beobachte Sie schon seit einer Woche.

Ich habe es bemerkt. Aber es ist nicht wahr, daß ich Ihnen gefalle.

Es ist wahr.

Ich gehe gleich fort. Ich will hier nicht bleiben. Hier ist ein Bett. Wozu haben Sie mich hierher geführt? Das ist nicht gut.

Wie denn sonst? Auf der Straße kann man sich mit Ihnen nicht unterhalten und ich möchte doch Ihre Bekanntschaft machen.

Wir können nicht miteinander bekannt werden. Sie sprechen und ich bin ein stummes Mädchen.

Das will gar nichts heißen. Einer meiner Bekannten hat sich in eine Stumme verliebt und sie geheiratet. Sie haben auch schon Kinder. Und die Kinder sprechen. Wie heißen Sie?

Schenja.

Wo haben Sie gelernt? Sie schreiben so gut.

In der Taubstummenanstalt.

Und was machen Sie jetzt? Wo wohnen Sie?

Ich wohne allein. Meine Mutter ist voriges Jahr gestorben.

Ich fride. Nun, jetzt muß ich gehen. Leben Sie wohl.

Rein, Sie werden nicht gehen. Ich lasse Sie nicht fort.

Hier hört der ruhige Ton der Korrespondenz auf. Augenscheinlich wurde die Bekanntschaft auf andere Weise fortgesetzt, aber die nervöse und erregte Handschrift des folgenden Zettels beweist, daß der Verehrer der Taubstummen sich groß bemüht.

Ich gehe fort, schrieb das Mädchen mit zitternder Handschrift.

— Sie haben kein Recht, mich anzurühren. Was ist das! Wie wagen Sie es!

Aber aus Ton und Handschrift seiner Antwort spricht deutlich die ruhige Selbstsicherheit des Filous.

Ich bitte um Verzeihung. Nun, ich werde Sie nicht mehr anrühren. Gehen Sie nicht. Es wird Ihnen leid tun.

In der Pause zwischen dieser und der nächsten Niederschrift ging augenscheinlich jenes stumme Gefecht vor sich, das durch Lächeln und schweigende Blicke fast immer von entscheidender Bedeutung ist, als ein Kampf mit Worten oder sogar ein physischer Kampf.

Von dem schwachen Widerstand des Mädchens zeugt nur ein Zettel:

Weshalb wollen Sie sich nicht dahin setzen, wo ich Ihnen zeige. Was wollen Sie von mir? Lassen Sie mich fort.

... Lange studierte ich die vor mir liegenden zerknitterten Papiersegen, ihre schiefen, eilig hingeworfenen Worte und Sätze, und allmählich trat mir das Bild der Besichtigung des taubstummen Mädchens durch den sprechenden Abenteuerer klar vor Augen.

An der Tafel selbst war eigentlich nichts Besonderes. Aber in dem hilflosen Stimmern der Hand, das aus diesen Niederschriften sprach, lag etwas unendlich Bemitleidenswertes.

Je länger ich mich in die Handschrift des Mädchens vertiefte, um so stärker empfand ich das Dualvolle ihrer hilflosen, lehnstuch-erfüllten stummen Einsamkeit.

Es war klar: sie konnte der Versuchung nicht widerstehen.

Ich will nicht mehr hier sitzen, schrieb sie. Warum küssen Sie mich? Das ist gemein, das ist niedr...

Hier hörte es auf.

Der Zettel war zerknittert. Das erfahrene Auge des Verehrers hatte wohl deutlicher in dem Gesicht des Mädchens gelesen als in ihrer Niederschrift. Er ließ sie nicht brechen.

Etwas unendlich Schwaches, weiblich Ergebenes sprach aus diesem nichtbeendeten, zerknitterten Zettel.

Aber allem Anscheine nach ging die Sache doch nicht so glatt.

Er mußte ihr schreiben.

Schenitscha, hören Sie auf. Warum weinen Sie?

Es kränkt mich. Wenn ich nicht stumm wäre, würden Sie es nicht wagen.

Dummchen, ich will Sie doch nicht kränken. Sie gefallen mir. Was hat das zu sagen, daß Sie stumm sind?

Ich bin kein Dummchen.

Hier hörte man eine Pause. Die nächsten Niederschriften waren auf anderem Papier, auf kleinen Zetteln, ja sogar auf Zeitungspapier.

Sie schreibt. Der Ton ist völlig verändert. Friedlicher.

Sie wollen immer küssen und haben mir nicht einmal gesagt, wer Sie sind.

Ich bin im Büro bei Sped. u. Co. angestellt und habe 100 Rubel Gehalt.

Wieder eine Pause.

Dann wieder die nervöse fliegende Handschrift.

Wird es Ihnen nicht langweilig, immer zu küssen? Ich war wirklich dumm, mitzugehen. Sie haben ganz richtig geschrieben, daß ich ein Dummchen bin.

Sie sind kein Dummchen, Sie sind geistig. Sie gefallen mir immer besser. Sie haben ein so reizendes Gesicht. Ich vergöttere solche Geschöpfe.

Wenn Sie nicht ruhig sitzen, gehe ich fort. Ich will Sie nicht küssen. Wegen Sie es nicht.

Wie alt sind Sie, Schenitscha?

Was denken Sie?

Siebzehn.

Rein, Neunzehn. Ich bin schon alt. So, jetzt werde ich gehen. Wir können uns ja ein andermal treffen. Wie spät ist es?

Es ist noch früh. Sie werden nicht gehen. Das Schicksal hat es gewollt, daß wir uns trafen. Ich werde Sie lieben, Schenitscha.

Das ist nicht wahr.

Das ist wahr. Ich tann Sie sogar heiraten.

Lassen Sie mich fort.

Schenitscha, Liebe, weinen Sie nicht, alles wird gut werden.

Warum bin ich nur hergekommen? Wie dumm bin ich. Beim erstenmal kann man doch nicht...

Wieder eine Pause. Dieses Mal augenscheinlich eine längere. Die nächsten Niederschriften sind mit müder Schrift geschrieben. Das ist deutlich zu sehen.

Er schreibt:

Ich werde nicht mehr. Wollen Sie Limonade?

Die Antwort fehlt.

Die übrigen Zettel beziehen sich auf verschiedene Momente der zweifellos verwinkelten Beziehungen. Hier sind sie:

Wissen Sie, wie wir leben werden? Herrlich! Ich werde ein eigenes Büro haben. Ich werde arbeiten, dann werde ich nach Hause kommen. Zu Hause wird mich mein schönes Weibchen erwarten und ich werde...

Es folgt eine nicht wiederzugebende, naive und zugleich schonungslos gemeine Phrase, um derentwillen wohl der Zettel stark zerknittert und zerrissen ist.

Wir wurde schwül. Wie primitiv-brutal, wie kindlich-grausam und naive-zynisch ist doch dieser erbarmungslose großstädtische Witz.

Churros und Bunuelos

Man schreibt uns aus Madrid: Churros und Bunuelos (sprich: Tschurros und Bunjuelos) sind zwei Gebäcke, die den Morgen imbiß der meisten Bewohner von Madrid bilden und beständig bis zum späten Abend auf den Straßen ausgerufen werden. Die Churros bestehen aus in Öl gebackenem und mit Zucker bestreutem Weizen in Form einer Schlinge. Bunuelos sind in Öl gefochte Windtrinkel, die etwa die Größe eines Talers haben; beide werden glühend heiß verzehrt. Der Arbeiter, der früh zur Fabrik geht, der Nachtwächter, der sich zur Ruhe nach Haus begibt, die Straßenteiler, die Zeitungsjungen, die Droschkentreiber, Lumpensammler, Milchhändler — kurz, alle Frühaustrichter sind ständige Abnehmer der lederen Ware, die von ihnen zu einem Gläschen Anisette verpeißt wird. Der behäbige Bürger läßt sich das Gebäck später in der Küche aufwärmen und verzehrt es zu seiner dickflüssigen Schokolade.

Wer in Ruhe die Herstellung der genannten Backware beobachten will, der muß auf die „Babana“ gehen. Das ist eine Art Messe bei Fadel- und Laternenschein, eine echt spanische Belustigung, die an den Vorabend aller hohen Feste veranstaltet wird. Den Buden, in denen dieses Gebäck gebacken wird, entströmen blaue Dunstwolken, von dem siedenden Öl herrührend. Für spanische Nasen ist dies ein lieblicher Duft, während er den Ausländer zum Lachen bringen kann. Ein Mann in weißer Schürze nimmt ein nutzloses Stück Teig aus einem gefüllten Backtrug, gibt ihm eine abgeplattete, runde Form, macht ein Loch in die Mitte und wirft es ins Öl, wo es nur etwa eine Minute auf und ab tanzt und hierauf als goldgelber Bunuelo, an einem Eisenrad aufgespießt, hervorgezogen wird. Es wird mit Zucker bestreut und sofort gegessen. Die Churros sind von dem gleichen Teig, der durch eine Spritze in fingerdicken Strahlen in das glühende Öl gespritzt wird. Wer diese Backwaren sofort verzehren will, dem werden sie, damit er sich nicht die Finger verbrennt, auf eine Binse gezogen überreicht. Das Getränk dazu ist ein starker Schnaps, da ohne ihn die heiße Backware kaum zu verdauen ist.

Churros und Bunuelos stammen wie die meisten spanischen Süßigkeiten von den Arabern. Man erzählt sich das folgende Geschichtchen: Als Granada noch nicht von den christlichen Herrschern eingenommen worden war, lebte in der Alhambrastadt eine Maurin, die den Ruf hatte, die besten Churros und Bunuelos zu backen. Das rauhte der Königin Isabella den Schlaf, denn sie hätte so gern von dem köstlichen Backwerk gegessen. Mit großem Eifer beschleunigte sie die Belagerungsarbeiten. Aber ihre Geduld wurde auf eine harte Probe gestellt. Einst klopfte sie dem tapferen Gonzalo de Cordoba ihr Leid. Gonzalo, dem kein Unternehmen zu schwer war, schlich sich am folgenden Tage, als Maurer verkleidet, nach Granada hinein, und es gelang ihm in der Tat, die Küchenbäckerin ins spanische Lager zu bringen. Isabella soll darüber so beglückt gewesen sein, daß sie in ihrer Freude auch die langjährigen Bitten des Kolumbus zu erfüllen beschloß und ihm die Mittel zu seiner Entdeckungsfahrt nach Westindien lieferte. So haben die Churros und Bunuelos, ohne daß die Welt eine Ahnung davon gehabt, eine weltgeschichtliche Rolle gespielt.

Zeichensprache der Weizenbörse

Infolge der langen Trockenheit und Hitze, von denen die Vereinigten Staaten heimgesucht sind, fürchtet man sehr für die Ernte, und diese Befürchtungen haben einen wahren Spekulationsrausch an den Getreidebörsen hervorgerufen. Da man mit viel geringeren diesjährigen Erträgen rechnet, schnellen die Getreidepreise in die Höhe, und das Publikum, das an den Aktienbörsen so schlechte Erfahrungen gemacht hat, wagt sich nun noch diesen Spekulationsherden, um möglichst rasch reich zu werden. Die größten Umsätze fanden in Weizen statt, und zwar hauptsächlich in Chicago, wo die größte Weizenbörse der Welt ist. Der früh verstorbene amerikanische Dichter Frank Norris, dem dem „Epos des Weizens“ einen rohartigen Roman widmete, hat auch diese „Hölle der Spekulation“ meisterhaft geschildert, in der sich jetzt wieder so wilde Szenen abspielen haben. Wertwürdigerweise aber herrscht auf der Chicagoer Kornbörse nicht der Lärm, der auf anderen Börsen zum Himmel steigt. In diesem Schweigen wird hier um Millionen gespielt, und nur die aufgeregten, bald jubelnd, bald schmerzhaft verzerrten Gesichter spiegeln das Auf und Ab der Notierungen. Die Spekulanten und Käufer, die seinen Zutritt zu den Börsensälen haben, verständigen sich mit den Maklern, denen sie Aufträge geben, von den Galerien herab durch eine merkwürdige Zeichensprache. Es ist, wie wenn Rassen von Taubstummen miteinander verkehren würden, denn die Hände spielen die Hauptrolle, und es besteht ein beständiges Gebärdenspiel zwischen den dicht gedrängten Galerien und den Rängen unten. Ein Nicken mit dem Kopf bedeutet eine Kauforder, ein Winken mit der Hand kennzeichnet eine Ablehnung.

Der nächste Zettel. Es ist schwer zu sagen, wann er geschrieben ist, vor oder nach dem vorherigen.

Er schreibt. Schreibe fest und höre. Auf der Zigarettenpackung mit Zinnstift:

Warum schreien Sie? Schweigen Sie. Schließen Sie den Mund.

Und daselbe auf der Rückseite eines Zettels, der mir ganz zuerst in die Hände fiel:

Schreien Sie nicht. Sie selbst hören es nicht, daß Sie schreien, aber im Korridor könnte man Sie hören.

Dann wieder ein Zettel mit ihrer Schrift:

Rühren Sie mich nicht an. Ich kenne Sie nicht. Was wollen Sie von mir? Lassen Sie mich. Was machen Sie mit mir?

Und noch einer, auch von ihr, unheimlich:

Sie sind ein schlechter Mensch, ich sehe es an Ihren Lippen, daß Sie mich schimpfen.

Seine Antwort:

Ich schimpfe Sie nicht. Nur schreien Sie nicht. Sie schreien und hören es selbst nicht. Schamlos.

Dann wieder eine Pause und die zwei letzten Niederschriften. Sie schreibt:

Ich weiß, Sie werden nicht mehr mit mir zusammenkommen, denn ich bin selbst schuld an allem. Beim ersten Zusammentreffen darf man einem Mann nicht erlauben...

Es ist nicht beendet.

Dann wieder eine Zeile:

Warum bewegen Sie die Lippen? Schimpfen Sie mich wieder?

Seine Antwort:

Ich schimpfe Sie nicht. Ich singe.

Und hier endet das Protokoll des Romans.

Etwas Behes und Bedrückendes blieb in meiner Brust zurück. Ich sah die Autoren deutlich vor mir, sah das stumme Mädchen mit den hungrigen demütigen Augen, aus denen die zerquälte, tierhaft einfame Seele eines nach Färllichkeit verschmachtenden Weibes blickt.

Dann sah ich ihn, den jungen, zynischen und selbstbewußten großstädtischen Wilden, wie er auf seinen hohen festen Abfäßen das Plaster des Rewski-Prospekt entlang spaziert auf der Suche nach Abenteuer.

(Aus dem Russischen von Alma Septer.)

Die verschiedenen Preise werden durch einen Geheimcode der Finger angegeben. Bietet der Käufer einen Cent, so drückt sich dies durch ein Zusammenballen der Hand aus. $\frac{1}{4}$ Cent wird durch das Ausstrecken des Ringfingers ausgedrückt, bei $\frac{1}{2}$ Cent werden drei Finger ausgestreckt, bei $\frac{3}{4}$ Cent vier Finger; bei $\frac{1}{2}$ Cent sind die vier Finger gespreizt und der Daumen eingedrückt. Die ausgestreckte Hand mit dem Daumen nach oben bedeutet $\frac{1}{4}$ Cent. Man kann sich vorstellen, was für ein wildes Geschäftieren an Sturmtagen hier vor sich geht, und der Ueingekehrte glaubt sich mitten in einem Heer von Verrückten zu befinden.

„Handel mit Kranken“

Wieviel unnötige Operationen finden alljährlich in den Vereinigten Staaten statt? Wieviel von diesen sind nur hervorgerufen durch ein Zusammenarbeiten des Chirurgen mit dem behandelnden Arzt, der nach geheimen Abmachungen seine Prozedere bekommt? Wie kann man das Publikum und die anständigen Hausärzte gegen diese Raubzüge schützen? Diese Fragen wurden von einem Sonderauschuß des Verbandes der amerikanischen Redakteure medizinischer Zeitschriften erörtert, und dabei wurde betont, wie notwendig es ist, diesen Dingen zu Leibe zu gehen. Auch in Frankreich sind schon verschiedentlich Anklagen gegen solche Verschönerungen von Ärzten zum Schaden der Kranken erhoben worden. In den Vereinigten Staaten hat dieses schlimme Verbrechen in den letzten Jahren immer mehr um sich gegriffen. Der Bericht stellt fest, daß eine große Anzahl von Ärzten im geheimen prozentuale Beteiligung an den Operationen sich ausmachen und daß infolgedessen eine große Verjudung zum Handel mit Kranken besteht. Als einziges Mittel dagegen wird empfohlen, daß die ärztlichen Berufsgenossenschaften verlangen sollen, daß wenigstens mit offenen Karten gespielt wird. Wenn der Hausarzt solche Prozedere nimmt, dann muß das öffentlich bekanntgemacht werden. Der Arzt ist ja in diesem Falle sehr geneigt, dem Kranken nicht den Chirurgen zu empfehlen, der ihm als der tüchtigste erscheint, sondern den, der die größten Honorare nimmt, so daß auch für ihn am meisten abfällt. Außerdem werden dadurch viele unnötige Operationen befördert. „Es ist unmöglich anzugeben“, so sagt ein Mitglied des Ausschusses, Dr. Harold Stevens, „wieviel von den 300 000 Blinddarmsoperationen des letzten Jahres unnötig waren, aber es wird wohl eine stattliche Anzahl sein.“

Die Vererbung der Augenfarbe

Wie bei den Blüten ist auch bei dem menschlichen Auge die Farbe gewissen Vererbungsregeln unterworfen. Davenport und seine Frau, die eingehende Untersuchungen darüber angestellt haben, unterscheiden zwei Haupttypen von Augen: die braunen (einschließlich der schwarzen), bei denen die Färbung durch einen besonderen Farbstoff hervorgerufen wird und die blauen, die ihre Färbung der Widerspiegelung des Lichtes durch Melanin, in der Iris eingelagerte Körnchen verdanken. Die grauen und grünlichen Augen entstehen durch Hinzutritt eines gelben Pigments zu dem braunschwarzen Farbstoff und besitz auch in geringem Maße die in der Regenbogenhaut eingelagerten Körnchen der blauen Augen. Vom Gesichtspunkt der Vererbung aus beherrscht nun das Braun das Grau und dieses wiederum das Blau. Haben beide Eltern gleichfarbige Augen, so übertragen sie diese Färbung auf ihre Kinder. Hat dagegen das eine der Eltern braune und das andere blaue Augen, so werden die Kinder sämtlich braune Augen haben, oder sie werden sich nach der Augenfarbe ihrer Großeltern im entsprechenden Verhältnis (3:1) in Braun und Blau teilen. Auch die graue Augenfarbe ist dem gleichen Gesetz unterworfen, indem sie die blaue beherrscht, aber von der braunen beherrscht wird.

Die Kanaken und die Zivilisation. Wie an vielen primitiven Rassen, so kann man auch an den Melanesern die Beobachtung machen, daß die Männer schöner als die Frauen sind. Die Kanaken auf Neukaledonien machen keine Ausnahme. Vielleicht könnte man richtiger sagen, daß die Häßlichkeit dieser Rasse auf den Gesichtern der Männer weniger stark in die Erscheinung tritt als bei den Frauen. Die Kanaken haben zahlreiche Vergleichspunkte mit den Negern gemeinsam. Ihre Haut ist nahezu schwarz, ihre Haare gekräuselt, ihre Lippen wulstig. Jedoch ist die Basis der Nase viel breiter und die Augenbrauen treten stark hervor, was den primitivsten Rassen eigentümlich ist. Unter der französischen Herrschaft haben sich die Sitten dieser Eingeborenen kaum gewandelt; alles, was ihnen die Franzosen abgewöhnen konnten, war ihre nur schwer aussprechbare Vorliebe für Menschenfleisch. In anderer Beziehung hat sich die europäische Herrschaft als weniger segensreich erwiesen. Da die Kanaken in Stämme eingeteilt sind, und man ihnen verbot, ihre Reservationen zu verlassen, wurden sie gezwungen, sich mit Blutsverwandten zu verbinden, was zu einer physischen Entartung und einem dauernden Sinken der Geburtenziffer geführt hat.

